

**BEITRÄGE ZUR  
FRIEDENSLOGIK**  
Reader



## Inhalt

### Grundlagen

<i>Hanne-Margret Birckenbach</i> <b>Friedenslogik und friedenslogische Politik</b> .....	3
<i>Sabine Jaberg</i> <b>Sicherheitslogik</b> .....	8
Eine historisch-genetische Analyse und mögliche Konsequenzen	
<i>Hanne-Margret Birckenbach</i> <b>Den Blick verändern: Friedenslogik statt Sicherheitslogik</b> .....	12

### Best Practice

<i>Projekt Ferien vom Krieg</i> <b>Dialogseminare mit jungen Erwachsenen aus Israel und Palästina</b> .....	18
<i>Projekt Ferien vom Krieg</i> <b>Interview mit Mirah S. aus Bethlehem</b> .....	21

### Hintergrund

<i>Robert Antoch</i> <b>Sicherheit oder Frieden – was ist das für eine Frage?</b> .....	23
Wie Angst und Misstrauen unser Sicherheitsdenken bestimmen	

# FRIEDENSLOGIK UND FRIEDENSLOGISCHE POLITIK

von Hanne-Margret Birckenbach

**Der Begriff Friedenslogik bezeichnet sowohl eine Methode des Denkens, deren Schritte sich aus dem Erkenntnisinteresse an Frieden ergeben, als auch ein konsistentes politisches Programm, das sich an diesem Denken orientiert.**

Als Methode hilft Friedenslogik zu erkunden, wie Frieden durch konstruktive Konfliktbearbeitung gefördert werden kann und welche Prinzipien für die Planung und Unterstützung von Friedensprozessen notwendig sind. Einige der Möglichkeiten werden bereits realisiert, andere existieren noch nicht, können aber geschaffen werden.

Als politisches Programm bezeichnet Friedenslogik den Willen, die Friedensfähigkeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure auszuweiten und sich dabei auf friedenslogisch erarbeitete Analysen und Prinzipien zu stützen. Friedenslogische Politik erweitert und schafft dafür Voraussetzungen. Sie stellt eine geeignete Infrastruktur bereit und nutzt sie in konkreten Konfliktfeldern der Außen- und Innenpolitik. Sie korrigiert den Einfluss wirtschafts- und bündnispolitischer Interessen, sofern diese nicht mit den friedenslogischen Prinzipien vereinbar sind. Sie entwickelt ein breites Spektrum politischer und diplomatischer Aktivitäten zur Friedensentwicklung und setzt dabei auch auf zivilgesellschaftliche Institutionen und auf BürgerInnen, die sich beispielsweise in Friedens- und Entwicklungsdiensten, in der Friedensbildung oder bei Beteiligungs- und Beratungsverfahren in politischen und sozialen Konfliktfeldern auf kommunaler, nationaler sowie internationaler Ebene engagieren. Friedenslogische Politik wirbt im In- und Ausland für zivile Konfliktbearbeitung und budgetiert die dafür erforderlichen Ressourcen.

## Entstehungskontext und Ziele

Friedenslogik steht in pazifistischen Traditionen und wurde durch die kritische Friedens- und Konfliktforschung fundiert. Ziel ist die Entwicklung von Ideen für eine Praxis aktiver Friedensförderung und deren Umsetzung.

Als friedensethische und -politische Orientierung wurde Friedenslogik während des Kalten Krieges begründet. Ausgangspunkt war die von Friedensbewegungen in West und Ost geteilte Ablehnung der »Logik und Praxis der Abschreckung« mit atomaren Massenvernichtungswaffen. Die Ablehnung dieser Abschreckungslogik wiederum ergab sich u.a. aus dem religiös fundierten Leitbild vom »gerechten Frieden«. Dieses Leitbild wurde erstmals von der »Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« 1988/1989 in der DDR gefordert. Sie stützte sich auf den vom Ökumenischen Rat der Kirchen in Vancouver 1983 ausgerufenen »Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung«, der ökumenisch weltweit weitgehend akzeptiert war (Frey 2012).

Als in den 1990er Jahren internationale Organisationen, wie z.B. die Vereinten Nationen und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), sich verstärkten um Konfliktprävention und präventive Diplomatie bemühten, entstand auch in der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung ein neues Interesse an Friedensursachen und den Möglichkeiten ziviler, konstruktiver Konfliktbearbeitung. Die Diskussion wurde vor allem von friedenspolitisch aktiven zivilgesellschaftlichen Kräften konzeptionell und praktisch aufgegriffen und weiterentwickelt. Parallel wurden jedoch gegenläufige politische Entwicklungen vorangetrieben: 1. die »Versicherheitlichung« von Politikfeldern (Brock 2005), 2. die Zurückdrängung des Friedensbegriffs in der deutschen Außenpolitik, 3. die Ausweitung militärischer Interventionspolitik und 4. die staatliche Vereinnahmung entwicklungs-, menschenrechts- und friedenspolitischer Kräfte im Rahmen des Konzepts der umfassenden und vernetzten Sicherheit. Die in Deutschland geführte Debatte »Friedenslogik versus Sicherheitslogik« reagiert auf diese Gegenentwicklungen und entwickelt friedenslogisches Denken und Handeln als Alternative zu sicherheitslogisch dominierten Ansätzen.

## Begriffe

Friedenslogische Vorgehensweisen wurzeln in Friedens- und Konflikttheorien sowie in Erfahrungen und Erkenntnissen in den Politikfeldern Abrüstung, Entwicklungszusammenarbeit und Konfliktbearbeitung. Anders als Sicherheitslogik unterscheidet Friedenslogik zwischen Frieden und Sicherheit.

**Grundbegriff Frieden.** Frieden ist der erkenntnis- und praxisleitende Grundbegriff. Er wird als soziale, normative wie empirische Kategorie verstanden. Frieden bezeichnet 1. ein visionäres handlungsleitendes Ziel menschlichen Zusammenlebens ohne Verletzung von Grundbedürfnissen. Frieden meint 2. eine Qualität von sozialen Beziehungen. Ihr Merkmal ist andauernde problemlösende Kooperation, auch wenn die Beteiligten unterschiedliche Interessen haben. Frieden meint 3. eine empirische Entwicklung im sozialen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, internationalen und transnationalen Leben. In dieser Entwicklung bilden sich Strukturen, die auch in schweren Konflikten Rückgriffe auf massive direkte Gewalt unwahrscheinlich machen, weil Kooperation sich verdichtet, Fähigkeiten zum konstruktiven Konfliktaustrag institutionalisiert und Grundbedürfnisse zunehmend geachtet und befriedigt werden. Das gemeinsame Interesse friedenslogischer Analyse und Politik gilt der Kernfrage, wie eine Praxis eingeleitet und verstärkt werden kann, die diesem Friedensbegriff entspricht.

**Sicherheit als Grundbedürfnis.** Sicherheit dagegen ist kein Grundbegriff, sondern ein Wert, der im friedenslogischen

Denken eine hohe Bedeutung hat. Denn Sicherheit bezeichnet ein Grundbedürfnis, dessen Verletzung als Gewalt verstanden wird. Friedenslogische Politik will Sicherheit vor Gewalt einschließlich der Freiheit von Not und Furcht (menschliche Sicherheit). Aus friedenslogischer Sicht kann Sicherheit vor Gewalt nachhaltig nicht auf paradoxe Weise durch Androhung oder Anwendung von Gewalt oder durch Machtüberlegenheit, sondern nur über den Aufbau kooperativer und problemlösungsorientierter Beziehungen erreicht werden.

In diesem Sinn folgte bereits das Konzept der »Gemeinsamen Sicherheit« friedenslogischem Denken. Dieses Konzept wurde zwischen 1980 und 1982 in den UN von der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit erarbeitet. Die aktuelle Debatte um Friedenslogik greift diesen Pfad auf und erweitert ihn um zivilgesellschaftliche Akteure sowie um entwicklungs- und menschenrechts-politische Themen und Instrumente, insbesondere um Konzepte und Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung.

## Wirkungsannahmen

Friedenslogische Analysen kritisieren die Erwartung, Militär könne erfolgsversprechend als »letztes Mittel« (ultima ratio) eingesetzt werden, wenn alle anderen Mittel versagt haben. Vielmehr wird angenommen, dass die militärische Option in der Praxis zwangsläufig zum »ersten Mittel« wird. Denn die hohen materiellen und ideellen Vorabinvestitionen in Militär und Rüstung werden auf Kosten von Investitionen in zivile Mittel getätigt. Die Folge ist, dass zivile Mittel nicht im ausreichenden Maß geschaffen und daher nicht erfolgreich eingesetzt werden können. Friedenslogische Analysen gehen weiter von folgenden Annahmen aus:

- ▶ **Friedensursachen:** In Friedensprozessen existieren keine monokausalen und linearen Ursache-Wirkung-Beziehungen. Wirkungsketten entwickeln sich nur in komplexen Konfigurationen. Angesichts ihrer Vielfalt und Individualität kann es keinen Masterplan, wohl aber einen Orientierungsrahmen für friedenslogische Politik geben.

- ▶ **Friedensdynamik:** Nach dem Modell der regulierenden Rückkopplung (Fischer 2007) entsteht eine Friedensdynamik, wenn die Wirkungschancen friedenshinderlicher Faktoren, wie direkte Gewalt, Ignoranz, Kommunikations- und Kooperationsabbruch, blockiert und die Wirkungschancen friedensförderlicher Faktoren, wie Gewaltverzicht, Anerkennung berechtigter Interessen, Bemühungen um Kommunikation und Kooperation, unterstützt werden.

- ▶ **Steuerbarkeit:** Konfliktentwicklungen sowie ihre Rahmenbedingungen können sowohl seitens der Beteiligten wie auch seitens externer Akteure nur begrenzt gesteuert werden. Die Steuerbarkeit nimmt mit Zunahme von Gewalt ab.

- ▶ **Interdependenz:** Friedensprozesse können einseitig initiiert werden, aber sie sind auf Wechselseitigkeit angewiesen. Auch mächtige Akteure stoßen schnell an ihre Grenzen, wenn sie mehr beeinflussen wollen als ihr eigenes Konfliktverhalten. Auch sie können in der Regel Friedensprozesse nur zusammen mit allen anderen Konfliktparteien auf den Weg bringen, nicht gegen sie. Auch unter den Bedingungen von Asymmetrie ist die Mitwirkung aller Konfliktparteien unabdingbar.

- ▶ **Politische Kultur:** Je stärker friedenslogisches Bewusstsein in der politischen Kultur ausgeprägt ist, umso größer sind

die Chancen, dass politische Akteure Gewaltentwicklungen vorbeugen und in der Eskalation dem Druck widerstehen, militärisch zu intervenieren.

- ▶ **Zielbindung der Mittel:** Je besser die eingesetzten Mittel mit dem Ziel Frieden übereinstimmen, umso eher ist Frieden die Folge. Formulierungen wie »Frieden durch friedliche Mittel« (Galtung 1998) oder »Si vis pacem, para pacem« (Eva und Dieter Senghaas 1996) bringen diesen Zusammenhang zum Ausdruck.

## Dimensionen und Prinzipien

Fünf Dimensionen und Handlungsprinzipien haben sich für friedenslogisches Denken und Handeln als grundlegend herausgestellt.

**Dimension Gewalt und das Prinzip Gewaltprävention.** In dieser Dimension geht es um die Definition des Problems. Sicherheitslogisch gesehen wird ein Problem erst dann relevant, wenn es als eine Bedrohung wahrgenommen wird, vor der die eigene politische Ordnung und die ihr angehörenden Menschen zu schützen sind. Im friedenslogischen Denken dagegen wird ein Problem relevant, weil Gewalt droht oder geschieht und Menschen unter ihr leiden, unabhängig davon, wer sie für welchen Zweck und wie massiv ausübt. Die Aufmerksamkeit gilt direkten Gewalttaten und deren Vorbereitung ebenso wie Gewaltstrukturen, Rechtfertigungsmustern sowie den Zusammenhängen zwischen den verschiedenen Gewaltformen.

Friedenslogische Politik will Gewalt in jeder dieser Formen vermeiden. Sie ist sensibel für Eskalationsprozesse und folgt vor, während und nach Konflikten immer dem Prinzip der Gewaltprävention. Sie wird vorausschauend deeskalierend tätig und wartet nicht ab, bis die Verletzung von Menschenrechten zu gewaltsamen Aufständen und deren Niederschlagung führen oder sogar die extremen Ausmaße von Völkermord und Krieg annehmen. Auch solange sich Konflikte unterhalb der Gewaltschwelle befinden, vermeidet friedenslogische Politik alles, was den relativen Frieden gefährden könnte, sei es ein Abbruch von Kommunikation oder die Vergrößerung des militärischen Potentials, etwa durch Rüstungsexporte. Sie setzt sich selbst unter Erfolgsdruck und investiert daher ausreichend in die zur Gewaltprävention erforderlichen Mittel. Damit beugt sie auch einer Entwicklung vor, an deren Ende politische Entscheidungsträger wider Willen in eine Militärintervention gedrängt werden. Indem friedenslogische Politik rechtzeitig einen Weg einschlägt, der Gründe für Militärinterventionen gar nicht erst entstehen lässt und der Ressourcen bindet, stehen diese für Militärinterventionen immer weniger zur Verfügung. Diese Option scheidet daher langfristig aus.

**Dimension Konflikt und das Prinzip Konflikttransformation.** In dieser Dimension geht es um die Entstehung des Problems und seine Ursachen. In sicherheitspolitischer Perspektive entsteht eine Bedrohung außen und auf der anderen Seite. Aus friedenslogischer Sicht dagegen entsteht Gewalt nicht außerhalb, sondern zwischen Konfliktparteien, die ihre Interessen ungehindert auch gegeneinander durchsetzen wollen und bereit sind, dabei auch die Interessen Unbeteiligter zu missachten. Die Chance, Frieden zu stiften, wird in der Ver-

änderbarkeit dieser Beziehungsmuster gesehen, in denen Menschen zu Tätern, Mitttätern, Leidtragenden und Opfern von Gewalt werden. In der Regel handelt es sich um komplexe Konstellationen, in denen sich mehrere Konflikte, an denen unterschiedliche Akteure beteiligt sind, überlagern. Friedenslogische Analysen thematisieren daher die diversen Konfliktlinien, warnen vor den Mechanismen einer Eskalationsdynamik und klären Bedingungen, unter denen eine konstruktive Wende eingeleitet werden kann.

Friedenslogische Politik nutzt solche Konfliktanalysen und orientiert sich am Prinzip Konflikttransformation. Sie erkennt Konflikte frühzeitig auch wenn es noch nicht zu direkten Gewalthandlungen gekommen ist, und bemüht sich darum, unvereinbare Einstellungen, Verhaltensweisen, Interessen und Diskurse der Beteiligten konstruktiv in einer Weise zu verändern, dass diese sich für einander und damit auch für Problemlösungen öffnen können. Sie beachtet, dass es sich in jedem Fall um einen komplexen Prozess handelt, der auf allen Seiten Veränderungen erforderlich macht. Sie beginnt bei sich selbst in dem Wissen, dass es für jeden Akteur aussichtsreicher ist, sein eigenes Konfliktverhalten mit Wirkung auf alle anderen Akteure zu verändern, als umgekehrt. Sie dämpft die Angst vor solchen Schritten und stärkt das Vertrauen in ihre Wirksamkeit.

**Dimension Problembearbeitung und das Prinzip der Dialog- und Prozessorientierung.** In dieser Dimension geht es um die Ziele und Mittel der Problembearbeitung. In sicherheitslogischer Perspektive soll die vermeintliche Bedrohung der eigenen Interessen beseitigt oder kontrolliert werden. Dies geschieht durch Mittel, die die Distanz zwischen den Konfliktparteien vergrößern, nämlich durch interne Formierung in Bündnissen einerseits und den Einsatz von Mitteln zur Abwehr, Abschreckung oder militärischen Bekämpfung der Gefahr andererseits. In friedenslogischer Perspektive geht es dagegen darum, Verbindungen zu knüpfen, Annäherungen einzuleiten und die Dialogfähigkeit zwischen den Konfliktparteien zu organisieren. Je länger und gewalthaltiger ein Konflikt ist, umso komplexer und langwieriger verlaufen Prozesse der Konflikttransformation, desto differenzierter müssen auch die eingesetzten Mittel sein.

Für friedenslogische Politik folgt daraus das Prinzip der Dialog- und Prozessorientierung. Sie nutzt die Mittel der konstruktiven Konfliktbearbeitung in ihrer Breite und mit langem Atem, ist Legislaturperioden übergreifend und krisenfest angelegt. Sie überprüft die Dialog- und Prozessverträglichkeit der eingesetzten Mittel. Zwang, Drohungen, Sanktionen, Beschämung und Kränkung beschränken Kommunikation, vergrößern Distanz, fördern autistische Entscheidungen und zerstören Voraussetzungen für Dialog. Konsultationen, Konferenzen, Verhandlungen, Zusammenarbeit in einzelnen Projekten erhöhen dagegen die Interaktionsdichte, fördern Interdependenz und wecken Interesse an einer Fortsetzung. In Fällen, in denen zwischen den Konfliktparteien ein direkter partnerschaftlicher Dialog auf Augenhöhe (noch) nicht möglich ist, sucht friedenslogische Politik dialoghemmende Faktoren wie Asymmetrien auszugleichen, nutzt die Vermittlungsdienste externer Akteure oder stellt diese bereit.

Projektzusammenarbeit ist allerdings nur dann dialog- und prozessförderlich, wenn einzelne Vorhaben nicht als

Belohnung für Wohlverhalten, sondern um ihrer selbst willen durchgeführt werden. Friedenslogische Politik bricht daher humanitäre und entwicklungspolitische Projekte zur Grundversorgung der Bevölkerung, zur verbesserten Kommunikation, zur Friedensbildung und zur Partizipationserweiterung sowie die Zusammenarbeit mit Mediatoren niemals ab, um eine Regierung für Fehlverhalten zu strafen. Friedenslogische Politik konzipiert solche Projekte vielmehr als Grundlage für langfristige Veränderungen in den Konfliktbeziehungen und bleibt auch in Krisenzeiten hartnäckig engagiert. Einseitig verhängte Konditionen wie die Kopplung humanitärer oder entwicklungspolitisch sinnvoller Hilfe an die Umsetzung ordnungspolitisch weitreichender Forderungen widersprechen dem Prinzip der Dialog- und Prozessorientierung.

Das Prinzip ist umso wirksamer, je zahlreicher die Dialogfäden werden. Denn Dialoge benötigen viel Zeit, bevor sie zustande kommen und bevor sich Ergebnisse abzeichnen. Daher fördert friedenslogische Politik die Partizipation von vielfältigen Akteuren, die auf zivilgesellschaftlichen Ebenen Aufklärungsarbeit leisten, das Entstehen von Interesse am Dialog beschleunigen, politischen Transformationsschritten gesellschaftlichen Rückhalt geben, in der Breite wirken sowie Spezialprobleme im Detail klären können. Auch öffnet sie ihre Türen für Friedensjournalismus, setzt ebenfalls auf die Mitwirkung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie von zivilgesellschaftlichen Netzwerken, zollt auch machtpolitisch schwachen Friedenskräften und lokalen Initiativen Respekt, sucht sie auf, lässt sich von ihnen beraten, bringt sie ins Gespräch, unterstützt sie materiell wie ideell und öffnet Zugänge im Rahmen von flachen Hierarchien und horizontalen Strukturen.

Angesichts der Überlappung von Konfliktlinien sucht friedenslogische Politik Gelegenheiten für einen verstärkten Austausch von und mit möglichst vielen politischen und gesellschaftlichen Kräften. Sie organisiert diesen Austausch mehrgleisig, Ebenen und Lager übergreifend. Sie stiftet horizontale und vertikale Verbindungen zwischen den einzelnen Dialogfäden und fördert Friedensallianzen. Friedenslogische Politik respektiert die Vielfalt der Akteure und ihre Eigenarten, schafft Verbindungen zwischen Ressorts und Ebenen, beteiligt Regierungen, Parlamente, den diplomatischen Apparat und internationale Organisationen, insbesondere die Vereinten Nationen (VN).

**Dimension Legitimität und das Prinzip der Einhaltung universaler Normen.** In dieser Dimension geht es um die Quellen, mit denen die Legitimität von Interessen und Mitteln der Problembearbeitung beurteilt werden. In sicherheitslogischer Perspektive ist das Interesse an der eigenen Sicherheit gegenüber allen anderen Interessen vorrangig. Daher gelten Mittel als legitim, solange sie dem Schutz der Eigeninteressen dienen.

Friedenslogische Denkmuster dagegen prüfen die Legitimität von Interessen, des Konfliktverhaltens und der Mittel der Problembearbeitung auf der Grundlage universaler Normen. Auch wenn die Bewertung einzelner Fragen häufig strittig und die Normenbildung niemals abgeschlossen ist, so existieren doch geeignete und anwendbare Maßstäbe einer globalen Ethik, um das Handeln von direkt Konfliktbeteiligten wie auch von intervenierenden Akteuren zu beurteilen. Zu solchen Maßstäben gehören

- ▶ rechtlich gefasste Normen, die sich aus dem Völkerrecht, aus dem System der Menschenrechte sowie aus internationalen Verträgen ergeben,

- ▶ globale Vereinbarungen wie Entwicklungsziele (Millennium Development Goals) oder die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen,

- ▶ ethische Grundregeln, die – mit Nuancen – allgemein gelten können.

Ein solcher Katalog ethischer Grundregeln wurde 1993 in der »Erklärung zum Weltethos« der Weltreligionen zusammengetragen. Er beinhaltet eine Kultur der Gewaltlosigkeit, Toleranz, Wahrhaftigkeit, Menschlichkeit, Solidarität und Gerechtigkeit sowie die Regel der Gegenseitigkeit: »Verhalte dich anderen gegenüber so, wie du von ihnen behandelt werden möchtest.« (Küng 2012) Ein weiterer Normenkatalog wurde 1997 mit der »Allgemeinen Erklärung der Menschenpflichten« formuliert und von einem breiten Spektrum hochrangiger Politiker von allen Kontinenten als Ergänzung zum Menschenrechtsdiskurs in die Vereinten Nationen eingebracht (Goodhill 2011). Für die deutsche Diskussion bildet vor allem die grundgesetzliche Verankerung der Menschenwürde den zentralen Anknüpfungspunkt zur Beurteilung von Legitimität (Heinemann-Grüder und Bauer 2013).

Friedenslogische Politik folgt dem Prinzip der Einhaltung universaler Normen und prüft an ihnen die Legitimität der eigenen Interessen und Handlungsweisen sowie die zur Problembearbeitung eingesetzten ideologischen, militärischen, ökonomischen und politischen Machtquellen. Sie sorgt für Transparenz hinsichtlich der Einhaltung des Prinzips und macht damit auch ihr eigenes Handeln vorausschaubar, nachvollziehbar und vertrauenswürdig. Wo universale Normen mit regionalen, lokalen Werten oder mit Bündniserwartungen konkurrieren, sucht Friedenslogische Politik nach Wegen, Vereinbarkeit zu erreichen. Dies kann durch Anpassung an die universalen Normen wie durch Mitarbeit an deren Weiterentwicklung geschehen. Initiativen zum Fairen Handel, zur Verpflichtung von Wirtschaftsunternehmen auf die Standards des Globalpaktes (Menschenrechte, Umwelt, Korruption) und eine humanisierende Asyl- und Migrationspolitik haben sowohl Anpassung als auch Weiterentwicklung im Auge. Doppelstandards gefährden einen auf Interessenausgleich und Kooperation bedachten Friedensprozess.

**Dimension Fehleinschätzungen und das Prinzip Reflexivität.** In dieser Dimension geht es um die Irrtumsmöglichkeit und Fehlerhaftigkeit menschlichen Handelns und um die Reaktion, wenn die angestrebten Ziele der Problembewältigung nicht erreicht werden. Sicherheitslogische Denkmuster verschließen den Blick für selbstverschuldetes Scheitern. Sein Eingeständnis gilt als Schwäche, die durch Kontinuität, Verstärkung und Erweiterung der eingesetzten Mittel als ausgleichbar erscheint. Friedenslogische Denkmuster öffnen dagegen den Blick für die Grenzen, Bedingtheit und Vorläufigkeit des Handelns, für Fehleinschätzungen, für die Diskrepanzen zwischen intendierten und unerwünschten Ergebnissen, für Alternativen und für die Möglichkeiten, Schäden zu beheben, Verletzungen zu heilen und Neuanfänge zu wagen. Das Eingeständnis von Fehlern gilt ihr nicht als Schwäche, sondern als eine Fähigkeit, die zu verbesserten Resultaten führen kann.

Friedenslogische Politik übernimmt Verantwortung für den Prozess der Konflikttransformation. Sie plant die Möglichkeit ein, dass ihre Bemühungen fehlschlagen oder zusammenbrechen, und vermeidet irreversible Prozesse. Sie folgt dem Prinzip der Reflexivität und ist darauf angelegt, zu lernen, Entscheidungen zu revidieren, angerichteten Schaden und Verletzungen zu heilen und neue Wege zu gehen. Sie organisiert sich Kritik und hört sie. Supervisionen, Beobachtungen, Bewertungen sind Bestandteil der Arbeit an Konflikttransformation. Das in der entwicklungspolitischen Diskussion erprobte »Do-No-Harm«-Konzept ist für eine Friedenslogische Politik richtungsweisend (Anderson:2004). Friedenslogische Politik ist überdies fehlerfreundlich nach außen, also sensibel für selbstkritische Signale aller Konfliktparteien und ermöglicht Umkehr.

## Offene Fragen

**Realitätstüchtigkeit.** Friedenslogische Denkmuster und Politikentwürfe stehen unter dem Verdacht, unrealistisch, machtblind und nicht praktikabel zu sein. Einige Befunde sprechen gegen solche Einwände:

- ▶ Friedenslogisch geprägte Praxisfelder haben sich teilweise mit politischer Unterstützung von Regierungen und Parlamenten entwickeln können. Sie haben sich in Kreisen der Zivilgesellschaft verbreitet und bieten heute vielen BürgerInnen Orientierung für ein qualifiziertes soziales und politisches Engagement im In- und Ausland. Ein Beispiel für professionalisiertes Engagement sind die Projekte des Zivilen Friedensdienstes.

- ▶ Insbesondere im Rahmen internationaler Organisationen werden Friedenslogische Prinzipien vielfach praktiziert. Auch in einigen außenpolitischen Aktionsfeldern – zum Beispiel in der Entwicklungszusammenarbeit und auswärtigen Kulturpolitik – sind Friedenslogische Akzente in Abgrenzung von traditionellen sicherheits- und militärpolitischen Denk- und Handlungsmustern erkennbar.

- ▶ Friedenslogische Prinzipien können politisches Handeln bestimmen, auch ohne dass sich Regierungen explizit dazu bekennen. So wurde das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit niemals als Regierungskonzept beschlossen. Gleichwohl haben die Regierenden in Ost und West am Ende des Kalten Krieges dieses Konzept und seine Prinzipien stillschweigend angewendet. Sie haben damit zum friedlichen Ende des Ost-West-Konfliktes und zur unerwartet gewaltarmen Auflösung der Sowjetunion und ihres Bündnisystems beigetragen. Voraussetzung war die breite und aktive Unterstützung des Konzepts in der Gesellschaft.

Allein die Höhe der Militär- und Rüstungsausgaben belegt jedoch, dass Friedenslogik den Primat sicherheitslogischen Denkens in der Politik bislang nicht hat ablösen können. Damit ist die Frage aufgeworfen: Unter welchen Bedingungen und wie können Regierungen motiviert werden, verstärkt Friedenslogischen Denk- und Handlungsmustern zu folgen und darauf zu achten, dass sie die Entwicklung Friedenslogisch inspirierter Politikpfade nicht durch Rückgriffe auf sicherheitslogische Traditionen gefährden? Diskutiert werden vor allem drei Ansätze:

- ▶ Ausweitung, Qualifizierung und Politisierung der vielfältigen zivilgesellschaftlichen Praxis ziviler Konfliktbearbeitung;

ähnlich wie im Fall der Energiewende soll so demonstriert werden, welche Alternativen es gibt und wie sie geschaffen werden können,

- ▶ Überzeugungsarbeit in der Zivilgesellschaft und Aufbau von Gegenmacht, die den Regierenden einen Umstieg von Sicherheitslogik auf Friedenslogik abverlangt,
- ▶ Erhöhung der Wirkungssicherheit durch verbesserte Nachweise der Ergebnisse, die durch Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung erreicht werden.

## Übergänge

Die Veränderung von Politik entsprechend friedenslogischer Prinzipien ist ein Prozess, der Legislaturperioden überschreitend gestaltet werden muss. Offene Gestaltungsfragen betreffen zum Beispiel

- ▶ Koexistenz von Sicherheitslogik und Friedenslogik: Welche Brücken existieren aktuell zwischen dem sicherheitslogischen Konzept der »vernetzten Sicherheit« und einem Konzept des »vernetzten Friedens« und wie können sie genutzt werden? Wie kann in einer von Sicherheitslogik dominierten politischen Kultur dennoch eine Praxis friedenslogischer Politik ausgeweitet werden?
- ▶ Konflikte zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren: Wie können staatliche und nichtstaatliche Akteure in der zivilen Konfliktbearbeitung kooperieren, ohne dass Letztere in einen Widerspruch zu friedenslogischen Zielen geraten, weil ihre Arbeit in das Konzept der vernetzten Sicherheit eingebettet ist und dort instrumentalisiert wird? Welche Verfahren zur Konfliktregelung können zwischen diesen machtungleichen Akteursgruppen institutionalisiert werden?
- ▶ Zukunft von Militäreinsätzen: Kann Militär in der Gewaltprävention eine Rolle spielen? Wie ist Militär aus-, ab- und umzurüsten, wenn es wenig strittige Polizei- und Pufferfunktionen im Rahmen der Vereinten Nationen wahrnehmen soll?

## Verantwortung in eskalierten Konflikten

Auf absehbare Zukunft wird es immer wieder Konflikte geben, die bis zum Krieg und Völkermord eskalieren – sei es, weil Gewaltprävention nicht versucht wurde, sei es, weil sie nicht erfolgreich war. Regierungen werden weiterhin unter Druck geraten, ihre Aktionsmacht gerade auch gegenüber der eigenen Öffentlichkeit zu beweisen, Sanktionen zu verhängen und

militärisch zu intervenieren. Dieser Druck baut sich immer wieder auf, obwohl die Einwände bekannt sind. Sie reichen von der Einsicht, dass mit einer Schädigung des Aggressors dessen Bereitschaft zur Umkehr sinkt, seine gesellschaftliche Unterstützung wächst und die Lage der Bevölkerung sich verschlimmert, bis hin zu der Erfahrung, dass in der Regel eine Militärintervention unter Beachtung der Eigeninteressen von Interventionsmächten trotz der verschwenderischen Bevorratung militärischer Mittel gar nicht möglich ist, und wenn doch, nicht in der Lage ist, Krieg und Völkermord zu beenden, geschweige denn Frieden zu bewirken.

Friedenslogische Politik muss daher auch für den Fall von Konflikten, die sich mörderisch zuspitzen, Vorkehrungen treffen. Diese sollen die eigene Politik vor konfliktverschärfenden Fehlentscheidungen bewahren und es ermöglichen, friedenslogische Prinzipien als Teil einer universalen Friedensverantwortung auch gegen hohen, innengeleiteten medialen Druck überzeugend zu vertreten. Bedenken gegen Militärinterventionen und Warnungen vor deren wahrscheinlichen negativen Folgen müssen erkennbar von frühzeitig und kontinuierlich praktizierten friedensstiftenden Aktionen begleitet werden. Zu ihnen gehört immer die Ausweitung diplomatischer Bemühungen um Deeskalation und die Einhaltung von humanitären Mindeststandards. Zu ihnen gehören ferner immer Aktionen, die Menschen tatsächlich aus Not befreien, sei es durch Finanzierung der Arbeit des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) in den Lagern, sei es durch die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen in den Mitgliedsstaaten der EU. Mehr Transparenz und Offenheit für journalistische Begleitung solcher Aktionen, rhetorische und mediale Deeskalationsbemühungen, großzügige humanitäre Aktionen unter breiter öffentlicher Beteiligung und Konsultationen mit nichtstaatlichen Akteuren ziviler Konfliktbearbeitung sind Möglichkeiten, auch in eskalierten Konflikten friedenslogische Alternativen öffentlich sichtbar zu machen.

**Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach** ist emeritierte Friedensforscherin und Mitglied der AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Der Artikel ist erschienen in:  
*Wissenschaft und Frieden, Dossier 75, 2014*

### Literatur

**Mary B. Anderson (2004):** Experiences with Impact Assessment: Can we know what Good we do? In: Alex Austin et. al. (eds.): Transforming Ethnopolitical Conflict. The Berghof Handbook for Conflict Transformation. Berlin: Berghof Research Center for Constructive Conflict Management (heute: Berghof Foundation), S.193-206.  
**Hanne-M. Birckenbach (2012):** Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Gegenentwürfe aus der Zivilgesellschaft. Wissenschaft und Frieden 2-2012, S.42-47.  
**Lothar Brock (2005):** Neue Sicherheitsdiskurse. Vom »erweiterten Sicherheitsbegriff« zur globalen Konfliktintervention. Wissenschaft und Frieden 4-2005, S.18-21.  
**Dietrich Fischer (2007):** Peace as a self-regulating process. In: Charles Weibel and Johan Galtung (eds.): Handbook of peace and conflict studies.

Abingdon/UK: Routledge, S.187-205.

**Ulrich Frey (2012):** Zur Elementarisierung einer Friedenslogik statt Sicherheitslogik: Gerechter Friede und menschliche Sicherheit. In: Gerechter Friede – eine unerledigte Aufgabe. Zur Kritik der evangelischen Friedensethik. epd-Dokumentation 26 vom 26.06.2012.  
Independent Commission on Disarmament and **Security Issues (1982):** Common Security. A Blueprint for Survival. New York.  
**Johan Galtung (1998):** Frieden mit friedlichen Mitteln. Frieden und Konflikt, Entwicklung und Kultur. Opladen: Leske + Budrich.  
**Jane Goodhill (Hrsg.) (2011):** Menschenpflichten. Eine (Liebes-) Erklärung in 19 Artikeln. Frankfurt am Main: Edition Büchergilde.  
**Andreas Heinemann-Grüder und Isabella Bauer (Hrsg.) (2013):** Zivile Konfliktbearbeitung. Vom Anspruch zur Wirklichkeit. Opladen: Budrich.

**Sabine Jaberg (2012):** Sicherheitspolitik zwischen immanenten Tücken und Gestaltungsspielräumen – einige kategoriale Reflexionen. Sicherheit und Frieden 2-2012, S.87-93.  
**Hans Küng (2012):** Handbuch Weltethos. Eine Vision und ihre Umsetzung. München: Piper.  
**Misereor (Hrsg.) (2014):** Bericht 2014 – Globales Wirtschaften und Menschenrechte. Deutschland auf dem Prüfstand. Aachen: MISEREOR.  
**Plattform Zivile Konfliktbearbeitung e.V. (2013):** Friedenspolitische Forderungen zur Bundestagswahl 2013. Friedenslogik statt Sicherheitslogik soll Deutschlands Politik bestimmen. Mai 2013; konfliktbearbeitung.net.  
**Eva und Dieter Senghaas (1996):** Si vis pacem, para pacem. Überlegungen zu einem zeitgemäßen Friedenskonzept. In: Berthold Meyer (Red.): Eine Welt oder Chaos? Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.245-275.

# SICHERHEITSLOGIK

## Eine historisch-genetische Analyse und mögliche Konsequenzen

von Sabine Jaberg

**Gibt es eine Sicherheitslogik? Wer diese Frage mit »Ja« beantwortet, unterstellt, dass die Verwendung des Sicherheitsbegriffs einen gewissen Denkstil präjudiziert, der auch die ihm folgende Praxis prägt. Demnach handelt es sich beim Versuch, diese Logik aufzuspüren, nicht um akademisches Glasperlenspiel. Zentrale Bedeutung kommt Thomas Hobbes' Schrift »Leviathan«<sup>1</sup> von 1651 zu.**

Dies gilt zumindest dann, wenn zwei Prämissen geteilt werden: Erstens habe das Werk in historisch-genetischer Perspektive das Sicherheitsdenken freigesetzt. Daraus ergebe sich zweitens die Möglichkeit, dessen Logik mit Hilfe hermeneutischer Verfahren herauszufiltern. Im Folgenden soll es zuerst darum gehen, die Tücken der Sicherheitslogik aufzuzeigen, um danach Möglichkeiten der Sicherheitspolitik auszuloten, diese zumindest abzumildern.

### Tücken der Sicherheitslogik

Die Sicherheitslogik weist mehrere tückische Charakteristika auf: Sie ist selbstbezüglich, kennt keine immanenten Grenzen und neigt zur Dramatisierung der Lage ebenso wie zur Eskalation im Handeln (siehe auch Tabelle 1).

**Selbstbezüglichkeit.** Hobbes selbst verzichtet zwar auf eine explizite Definition des Sicherheitsbegriffs, den er jedoch implizit im Sinne einer Schutzverpflichtung des Staats gegenüber seinen Bürgern begreift. Unter Staat versteht Hobbes jene »allgemeine Macht [...] unter deren Schutz gegen auswärtige und innere Feinde die Menschen bei dem ruhigen Genuß der Früchte ihres Fleißes und der Erde ihren Unterhalt finden können«.<sup>2</sup> Die erfolgreiche Ausübung dieser Schutzfunktion stellt nach Hobbes die notwendige Voraussetzung dar, unter der dem Individuum ein den Naturzustand überwindender Gesellschaftsvertrag überhaupt zugemutet werden kann. Denn mit ihm tritt es »[s]ein Recht, [s]ich selbst zu beherrschen«,<sup>3</sup> an eine übergeordnete Instanz ab. Da sich die Existenz eines Staats einzig aus der Schutzfunktion rechtfertigt, wird die Sicherheitsgewährleistung für die eigene Bevölkerung zum entscheidenden Maßstab des Handelns. Dem Staat geht es als Schutzpatron seiner Bevölkerung letzten Endes um seine Sicherheit, seine Macht, seine Interessen. Sie hat er nach Hobbes gegen »innere und äußere Feinde« zu verteidigen. Demnach korrespondiert die Selbstbezüglichkeit mit einer Fokussierung auf den Akteur, die den jeweils anderen zuerst unter Feindverdacht nimmt. Damit generiert die Sicherheitslogik zwei blinde Flecken: Zum einen gerät der eigene

Tücken	Auswege	Erfolg/Effekte
Selbstbezüglichkeit (eigene Interessen als Monokategorie, prinzipieller Feindverdacht gegenüber anderen Akteuren, blinde Flecken: Struktur, eigener Anteil am Problem)	Blickfeldveränderung 1: selbstreflexive Wende innerhalb realistischer Sicherheitspolitik (z.B. internationale Sicherheit, Berücksichtigung struktureller Ursachen und des eigenen Problemanteils)	Symptommilderung
	Blickfeldveränderung 2: Neuerfindung eines inklusiven Sicherheitsbegriffs, Theoriensprung zum Idealismus (z.B. »human security«)	Ergänzung zum eigenbezüglichen Sicherheitsbegriff
Grenzenlosigkeit	Errichtung äußerer Schranken (insbesondere Recht, aber auch Diskurs, soziale Bewegungen, andere Mächte)	abhängig von der Unterwerfungsbereitschaft der Politik und der Stärke der Gegenkräfte
a) Mittel	Konditionierung der Sicherheitspolitik jenseits von Selbstverteidigung auf nicht-militärische Mittel	Unterminierung möglich durch weiten, vernetzten Sicherheitsbegriff und Umdeutungen von Angriffs- in Verteidigungskriege
b) Zeitrahmen	Option 1: Befristung des Selbstverteidigungsrechts äußerstenfalls auf unmittelbar bevorstehende militärische Angriffe (Präemption)	Unterminierung möglich durch Umdeutungen von präventiver bzw. antizipatorischer Selbstverteidigung in Präemption
	Option 2: Befristung des Selbstverteidigungsrechts auf gegenwärtige Angriffe	eher normative Klarheit als substantielle Lösung
c) Sektor, geographische Reichweite	Beschränkung des Sicherheitsbegriffs auf existentielle Bedrohungen durch personale Großgewalt	Begrenzung zunächst »nur« des Sicherheitsdiskurses
d) Subjektivierung / Totalisierung	Begründungszwang / Mitwirkung aller Gewalten	Versachlichung / Pluralisierung der Sicherheitspolitik
Dramatisierung der Lage / Eskalation im Handeln (»securitization«)	sparsame Verwendung des Sicherheitsbegriffs / Fokussierung des Sicherheitsdiskurses auf personale Großgewalt	Begrenzung des Dramatisierungspotentials und der Eskalationsanlässe

Tabelle 1: Tücken der Sicherheitslogik und ihre Auswege

Beitrag zur Entstehung dessen, was als Bedrohung wahrgenommen wird, aus dem Sichtfeld. Zum anderen gilt der Feind nicht nur als Symptom, sondern er erscheint auch als Urheber der Gefahr. Dieser personalisierte Blick vermag tiefer liegende strukturelle Ursachen kaum zu erfassen.

**Entgrenzungen.** Sicherheitslogik kennt aus sich selbst heraus keine Grenzen.<sup>4</sup> Im Gegenteil bemüht sie sich darum, Hindernisse, die ihrer Entfaltung im Wege stehen, zu beseitigen:

► Die erste Entgrenzung bezieht sich auf die für prinzipiell zulässig erachteten Mittel. Bei Hobbes liest sich dies folgendermaßen: »[W]em die Erhaltung [...] der allgemeinen Sicherheit obliegt, dem muß auch der freie Gebrauch aller dazu dienlichen Mittel zugestanden werden.«<sup>5</sup> Dazu zählt nicht zuletzt die Entscheidung über Krieg und Frieden: »[D]ie höchste Gewalt [muß] Krieg gegen andere Staaten nach Gutdünken beschließen oder mit ihnen Frieden machen, das heißt beurteilen können, ob ein Krieg ihrem Staate vorteilhaft oder nachteilig sein werde [...]«<sup>6</sup> Die einzigen beschränkten Instanzen sind demnach funktionale Angemessenheit und einzelfallbezogene Kosten-Nutzen-Kalküle.

► Die zweite Entgrenzung befreit Sicherheit aus jedem Zeitrahmen. Denn dem Staat gebührt – so Hobbes – »das Recht, sowohl in der Gefahr selbst wie zu ihrer Abwendung schon vorher das Nötige zu veranstalten, damit die Bürger im Innern und von außen her in Sicherheit leben [...]«.<sup>7</sup> Folglich adressiert die Sicherheitslogik nicht nur reaktiv akute Gefahren, sondern greift bereits »präventiv« auf potentielle Bedrohungen aus.

► Die dritte Entgrenzung erlaubt es der Sicherheitslogik, sich in jeden inhaltlichen Sektor und in jeden geographischen Raum vorzuschieben. Denn für Hobbes ist »mit der höchsten Gewalt auch das Recht verbunden zu entscheiden, was zur Erhaltung oder zur Störung des Friedens dienen kann«.<sup>8</sup> So autorisiert er den Staat zur »Beurteilung aller Meinungen und Lehren, weil diese nicht selten Grund [...] von Bürgerkrieg sind«.<sup>9</sup> Allerdings dient dieses innenpolitische Beispiel lediglich der Illustration. Hobbes hat es ganz unter dem Eindruck blutiger Auseinandersetzungen zwischen Krone und Parlament (1642-1648) in England gewählt. Unter anderen Zeitumständen hätten andere Bedrohungen im Mittelpunkt gestanden. Dabei bedeuten geographische Entfernungen keine prinzipiellen Schranken. Entscheidend ist allein die Einschätzung der höchsten Gewalt, was den Frieden – im Sinne staatlicher Schutzverpflichtung – gefährden und was ihn fördern kann.

► Die uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit leitet argumentativ zur vierten Entgrenzung über. Hobbes gibt keine überprüfbaren Kriterien vor, die eine Bedrohung erfüllen muss, um mit gutem Grund als Sicherheitsgefährdung zu gelten. Er bestimmt lediglich die Instanz, der das Entscheidungsmonopol obliegt: den »Oberherren«.<sup>10</sup> An seiner Person hänge die Einigkeit des Staats und von dieser die Stärke der Kriegsheere ab. Damit leistet die Sicherheitslogik einer radikalen Subjektivierung Vorschub. Sicherheit ist demnach das, was der »Oberherr« als Sicherheit einstuft und behandelt. Sie begünstigt darüber hinaus eine Totalisierung. Denn jede Gewaltenteilung trüge nach Hobbes zur Schwächung der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit des Staats und damit zur Erosion seiner Schutzfunktion bei.

**Dramatisierung und Eskalation.** Hobbes' Sicherheitsbegriff besitzt sowohl einen Lage- als auch einen Handlungsbezug. Deren Zusammenspiel nennt die so genannte Kopenhagener Schule in ihrem »securitization«-Ansatz »security form«<sup>11</sup> oder auch »grammar of security«.<sup>12</sup>

► Sicherheit beschreibt eine Lage, in der der Schutz der eigenen Bevölkerung gegen auswärtige und innere Feinde gewährleistet ist. Als Folge können die Menschen – um Hobbes' Redewendung aufzugreifen – die Früchte ihres Fleißes in Ruhe genießen. Demnach wäre im Stadium der Unsicherheit die Bevölkerung inneren oder äußeren Feinden schutzlos ausgeliefert und könnte ihrem Alltag nicht ungestört nachgehen. Sicherheit gewährleistet das physische Überleben, Unsicherheit gefährdet es. Insofern enthält jede Sicherheitsbedrohung eine existentielle Dimension.

► Der Sicherheitsauftrag legitimiert den Staat nach Hobbes dazu, sich zu jeder Zeit all jener Instrumente zu bedienen, die er für erforderlich erachtet – militärische Gewalt eingeschlossen. Der Verweis auf die Sicherheitsdimension leistet damit einer Eskalation im Handeln Vorschub. Er gestattet den Rekurs auf das äußerste Mittel, den Krieg. Ohnehin erhebt Hobbes das »Recht über die Kriegsheere [...] an und für sich« zur »höchste[n] Gewalt«, weil seines Erachtens »darin die ganze Stärke des Staates besteht«.<sup>13</sup> Gemäß Sicherheitslogik stellen Hochrüstung und Kriege »normale« Handlungsformen dar.

## Auswege der Sicherheitspolitik

Wie kann Sicherheitspolitik die Tücken der Sicherheitslogik überformen? Gegen Selbstbezüglichkeit helfen Blickfeldveränderungen. Grenzenlosigkeit verlangt nach Schranken. Das Dramatisierungs- und Eskalationspotential ruft nach einer Refokussierung des Sicherheitsdiskurses.

**Blickfeldveränderungen.** Der Selbstbezüglichkeit wirken zwei Strategien zur Veränderung des Blickfelds entgegen:

► Innerhalb einer »realistischen« Weltsicht lässt sich die Selbstbezüglichkeit zwar nicht überwinden, aber doch mildern. Hierzu bietet sich die Kategorie internationaler Sicherheit an – sei es im Weltmaßstab als »globale Sicherheit« oder im geographisch begrenzten Raum als »regionale Sicherheit«. Anders als beim nationalen Pendant geht es hier nicht um die isolierte Betrachtung eines Staats, sondern dieser wird Teil einer Gesamtkonstellation. Eine solche Einbindung nötigt ihn systematisch, um der eigenen Sicherheit willen auch Interessen und Perspektiven anderer Akteure zu berücksichtigen. Wenngleich letzteren aus Sicht des jeweiligen Staats keine eigenständige, sondern lediglich eine von seinem Kalkül abhängige Wertigkeit zukommt, so eröffnen sich hier Chancen auf eine eher kooperativ als konfrontativ angelegte Sicherheitspolitik. Und je selbstreflexiver sie wird, desto eher lassen sich blinde Flecken wie der eigene Beitrag zur Problemstellung ausleuchten und verkürzte Perspektiven vom Akteur auf zugrunde liegende Strukturen verlängern.

► Zumindest auf den ersten Blick besteht eine radikalere Alternative darin, den Sicherheitsbegriff aus dem angestammten Theorierahmen des »Realismus« herauszulösen und in einen eher »idealistischen« Kontext einzufügen. Dies käme einer Neuerfindung des Sicherheitsbegriffs gleich. In eine solche Richtung weist der »human security«-Ansatz. All seine

Varianten verfügen über zwei Gemeinsamkeiten: Sie fokussieren ohne Umweg über den Staat direkt auf den einzelnen Menschen. Und sie ersetzen das Prinzip der Exklusivität durch das der Inklusivität. Mithin geht es nicht mehr um die besondere Sicherheit von Angehörigen eines bestimmten Staatsverbands, sondern um die Sicherheit eines jeden Menschen. Offenbar unternimmt das Konzept der »human security« eine sicherheitspolitische Reformulierung friedenswissenschaftlicher Basiskategorien.<sup>14</sup> In Johan Galtungs Begriffsrepertoire ausgedrückt entspricht die enge »kanadische« Variante »freedom from fear« dem »negativen Frieden« im Sinne einer Abwesenheit personaler Großgewalt. Demgegenüber betont die weite »japanische« Variante »freedom from want« ähnlich dem »positiven Frieden« den Aspekt nachhaltiger menschlicher Entwicklung. Deshalb bezieht sie zusätzliche lebensrelevante Faktoren ein. Hierzu zählen Ökonomie, Gesundheit, Ökologie, Gesellschaft und Politik. Die »europäische« Variante fokussiert wiederum etwas enger auf Menschenrechte und Rechtssicherheit.<sup>15</sup> Im Konzept menschlicher Sicherheit ist es durchaus möglich, die Grenze zwischen idealistischem Friedensdenken und realistischem Sicherheitsdenken zu überwinden. Auf den zweiten Blick dürfte eine Herangehensweise, die sich aus Perspektive des wohlhabenden und befriedeten »Westens« zunächst altruistisch auf andere zu beziehen scheint, eher als Ergänzung denn als Alternative zum etablierten eigennützigen Sicherheitsbegriff taugen, der seit Jahrhunderten den Staat als Schutzpatron seiner Bevölkerung konstruiert.

**Errichtung von Schranken.** Immanentes Begrenzungspotential kennt die Sicherheitspolitik kaum: Es erschöpft sich in negativen Kosten-Nutzen-Kalkülen bzw. im Verdacht auf unangemessene Zweck-Mittel-Relationen. Bereits im Konstrukt internationaler Sicherheit sind es aus Sicht des politischen Akteurs letztlich die Interessen und Fähigkeiten der anderen, die dem eigenen Sicherheitsstreben Grenzen setzen. Dauerhafte Schranken lassen sich demnach nicht den Eigenbewegungen der Sicherheitslogik entnehmen, sondern sie müssen ihr von außen gesetzt werden.

Als begrenzende Instanz kommt vornehmlich das Recht in Betracht. Seine Aufgabe besteht ja gerade darin, Erlaubnis- und Verbotsräume möglichst klar voneinander zu separieren, aber auch Verfahren der Entscheidungsfindung zu fixieren. Allerdings stehen nicht alle sicherheitsrelevanten Aspekte einer Verrechtlichung offen. Insbesondere politische Diskurse lassen sich nicht auf diese Weise reglementieren, leben sie doch vom freien Austausch der Argumente. Deshalb gilt es, sowohl die konzeptionelle Ausgestaltung als auch die praktische Umsetzung amtlicher Sicherheitspolitik kritisch zu begleiten, Gegendiskurse zu etablieren und politischen Druck aufzubauen.

#### Welche Schranken ließen sich mit welchen Effekten setzen?

► Über die Einschränkung der Mittel gibt bereits die Charta der Vereinten Nationen (UN) Auskunft: Sie unterwirft die Staaten bei der Verfolgung ihrer Anliegen in Artikel 2 (Absatz 4) einem absoluten Gewaltverbot. Einzig im Falle eines »bewaffneten Angriffs« erlaubt sie in Artikel 51 den Einsatz militärischer Mittel. Unterhalb dieser Schwelle legt sie Sicherheitspolitik auf friedliche Instrumente fest. Allerdings versuchen

Staaten gemäß der Sicherheitslogik, Verbotsräume für sich zu öffnen – sei es, dass sie Angriffskriege in Verteidigungskriege umdeuten oder diese gar inszenieren, sei es, dass sie das militärische Instrument in komplexe (vernetzte, umfassende) Sicherheitskonzeptionen einspeisen und auf diese Weise gleichsam verschwinden lassen.

► Zumindest das Selbstverteidigungsrecht als äußerster Ausdruck der Sicherheitslogik lässt sich in einen festen Zeitrahmen einspannen. Auch hier hält die UN-Charta eine entsprechende Regelung parat. Denn Artikel 51 erlaubt den Einsatz militärischer Mittel einzig zur Abwehr eines (gegenwärtigen) bewaffneten Angriffs – und auch dies nur solange, bis der UN-Sicherheitsrat »die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat«. Das Gewohnheitsrecht gestattet darüber hinaus äußerstenfalls noch die präemptive Selbstverteidigung gegen unmittelbar bevorstehende kriegerische Attacken. Kategorisch verboten ist jedoch eine militärische Generalprävention, die auch alles ins Visier nimmt, was sich erst in Zukunft möglicherweise zu einer Gefährdung aufbauen könnte. Allerdings versuchen Staaten immer wieder, in verbotene Räume vorzustoßen. Erinnert sei an die Konstruktion eines »Rechts« auf »antizipatorische Selbstverteidigung«, das die USA in ihrer nationalen Sicherheitsstrategie von 2002 dann für sich reklamieren, »wenn Unsicherheit darüber besteht, wann und wo der Feind angreifen wird«.<sup>16</sup> Noch hat sich die Umdeutung (verbotener) militärischer Generalprävention zur zeitgemäßen Variante (erlaubter) präemptiver Selbstverteidigung nicht durchgesetzt. Sie entspricht aber ganz der Sicherheitslogik. Hier drängt sich dann die Frage auf, ob im Interesse der Friedensverträglichkeit nicht auf die Konstruktion eines missbrauchsanfälligen Rechts auf Präemption verzichtet werden sollte. Allerdings brächte dies eher eine Klärung auf der normativen Ebene als eine substantielle Lösung. Faktisch käme den geschätzten Konsequenzen einer anderweitig nicht mehr abzuwendenden militärischen Attacke wohl entscheidendes Gewicht zu. Drohte gar die Totalvernichtung, nähme die Pflicht zur Erduldung des Angriffs absurde Züge an: Dann ließe sich zwar der Tatbestand der Aggression eindeutig nachweisen, das Opfer, das sich gegen sie wehren dürfte, existierte aber nicht mehr. Darauf dürfte sich kaum ein Staat einlassen. Dennoch gilt: Je restriktiver das Recht auf Selbstverteidigung einschließlich der Präemption gefasst ist, desto stärker mahnt es zur militärischen Zurückhaltung.

► Die Tendenz der letzten Jahre, sowohl den sektoralen Einzugsbereich als auch die geographische Reichweite des Sicherheitsbegriffs auszuweiten,<sup>17</sup> d.h. immer mehr Probleme der Sicherheitslogik zu unterwerfen, gilt es umzukehren. Hierzu bietet sich an, den sicherheitspolitischen Diskurs auf existentielle Bedrohungen durch personale Großgewalt zu beschränken. Hierunter werden zwischenstaatliche Kriege, Bürgerkriege, Völkermorde oder auch folgenreichere terroristische Anschläge gefasst. Allerdings lassen sich etablierte Diskurse nicht einfach korrigieren oder gar aus der Welt schaffen, die mit ihnen eroberten Erlaubnisräume nicht zügig schließen. Insofern können Plädoyers für eine Engführung des Sicherheitsbegriffs zunächst lediglich Impulse für entsprechende Beschränkungen setzen.

► Der Subjektivierung und Totalisierung von Sicherheitspolitik lässt sich Einhalt gebieten. Der Ermessensspielraum

des »Oberherrn« kann zum einen durch öffentliche Diskurse beschnitten werden, die sachgemäße Begründungen einfordern und Alternativen thematisieren. Aber auch eine institutionell abgesicherte Pluralisierung sicherheitspolitischer Entscheidungsprozesse vermag einer Subjektivierung gegenzusteuern, sofern unterschiedliche Institutionen auch unterschiedliche Sichtweisen einbringen. Zumindest jedoch schiebt die Gewaltenteilung, die heutige Demokratien gegenüber dem Hobbes'schen Leviathan auszeichnet, der Totalisierung einen Riegel vor. Ganz in diesem Sinne stellt das Bundesverfassungsgericht mit seinem Streitkräfteurteil von 1994 die Entsendung deutscher Soldatinnen und Soldaten unter einen konstitutiven Parlamentsvorbehalt. Das schließt jedoch weder Versuche der Exekutive zur Erweiterung ihres autonomen Ermessensspielraums noch Bestrebungen zur Zusammenführung von Sicherheitsapparaten aus.

**Refokussierung des Sicherheitsdiskurses.** Sicherheitspolitik zielt auf das eigene Überleben. Die damit einhergehende Gefahr einer Dramatisierung der Lage und einer Eskalation des Handelns in den Notwehrmodus lässt sich zwar nicht bannen, durch Reduktion entsprechender Anlässe aber verkleinern. Hierzu bietet sich an, den Sicherheitsdiskurs auf existentielle Bedrohungen in Form personaler Großgewalt zu begrenzen. Hierin spiegelt sich der Hobbes'sche Schutzgedanke konzentriert wider. Gleichzeitig verbleibt die Auseinandersetzung mit den meisten Problemen im »Normalmodus«, der politische Lagen weder existentiell auflädt noch militärische Lösungen favorisiert. Gleichwohl besteht zum einen das Dramatisierungs- und Eskalationspotential dort fort, wo der Sicherheitsbegriff weiterhin Verwendung findet – und seien Lageanalysen noch so sorgfältig erstellt, Handlungsoptionen noch so skrupulös ausgelotet. Zum anderen droht die Gefahr, wonach vom Sicherheitsdenken »befreite« Räume von Diskursen »besetzt« werden, die sich zwar um andere Begriffe ranken, aber ebenfalls den Einsatz militärischer Mittel legitimieren können. Dazu zählen eher dem »Realismus« entsprungene Kategorien (z.B. Macht, Interesse, Bündnissolidarität),<sup>18</sup> aber auch dem »Idealismus« zugeneigte Figuren wie die »responsibility to protect«.<sup>19</sup> Diese nimmt die Staatengemeinschaft in die Pflicht, Menschen vor Völkermord, ethnischen Säuberungen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die

Menschlichkeit zu schützen. Jedes der genannten »Argumente« für den Einsatz der Streitkräfte bedürfte einer eigenen kritischen Überprüfung.

## Fazit

Der friedenswissenschaftliche Anspruch gerät in ein Spannungsfeld: Auf der einen Seite sind der Sicherheitslogik einige Tücken eingeschrieben, die den Verzicht auf den Sicherheitsbegriff nahe legen. Demgemäß forderte Ekkehart Krippendorff bereits in den 1980er Jahren, die Politik von »falschen Fragestellungen wie der nach »Sicherheit« zu befreien«.<sup>20</sup> Auf der anderen Seite lässt sich in Anlehnung an Franz-Xaver Kaufmann argumentieren, eine vollständige Abstinenz gegenüber dem Sicherheitsbegriff ignoriere einen (anthropologisch wie sozial relevanten) Teil der »Wirklichkeit«.<sup>21</sup> Denn das Streben nach Sicherheit gilt durchaus als konstitutives menschliches Attribut. Sicherheit avanciert somit zur quasi unvermeidbaren Kategorie.

Im Umgang mit dem Spannungsfeld bestehen zwei Optionen, die praktisch einander sinnvoll ergänzen können: Da gibt es zum einen die Entspannungsstrategie, die Sicherheitspolitik im Sinne der vorherigen Ausführungen entdramatisiert und deeskaliert. Zum anderen zielt eine Umgehungsstrategie darauf, die nunmehr im Sicherheitsparadigma konstruierten Problemfelder (z.B. Migration, Piraterie) im Lichte eines gerechten Friedens neu zu formulieren. Dem öffentlichen Diskurs täte eine solche Pluralisierung allemal gut. Allerdings sollte dies nicht von der Pflicht entbinden, das mühsame Ringen um eine »friedensverträgliche Sicherheitspolitik«<sup>22</sup> (Karlheinz Koppe) aufzunehmen. Sicherheit ist zu wichtig, um sie ihren Apologeten zu überlassen.

**Dr. Sabine Jaberg** ist Dozentin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Friedensforschung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Die Autorin ist Mitglied der AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Der Artikel ist erschienen in: *Wissenschaft und Frieden, Dossier 75, 2014*

### Anmerkungen

1) Thomas Hobbes (1651): Leviathan. Erster und zweiter Teil. Stuttgart: Philip Reclam jun., 1980. Als Leviathan bezeichnet Hobbes den Staat.  
2) Ebd., S.155. / 3) Ebd., S.155.  
4) Ein Hinweis auf diesen Sachverhalt findet sich bereits bei Lothar Brock: Der erweiterte Sicherheitsbegriff: Keine Zauberformel für die Begründung ziviler Konfliktbearbeitung. Die Friedens-Warte, 3-4/2004, S.323-343, hier S.325.  
5) Hobbes, op.cit., S.163. / 6) Ebd., S.162.  
7) Ebd., S.160. / 8) Ebd., S.161.  
9) Ebd., S.161. / 10) Ebd., S.162.  
11) Barry Buzan, Ole Waever, Jaap de Wilde (1998): Security. A New Framework for Analysis. Boulder, London: Lynne Rienner, S.33.  
12) Ebd., S.33.  
13) Hobbes, op.cit., S.162.  
14) Johan Galtung (1975): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek: Rowohlt, S.7-59.

15) Cornelia Ulbert und Sascha Werthes (2008): Menschliche Sicherheit – Der Stein der Weisen für globale und regionale Verantwortung? In: dies. (Hrsg.): Menschliche Sicherheit. Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven. Baden-Baden: Nomos, Eine Welt – Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden 21, S.13-27.  
16) Die nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika (2002). Washington: White House, Übers. des Amerika-Dienstes, S. 23.  
17) Christopher Daase: Der erweiterte Sicherheitsbegriff. Frankfurt am Main: Projekt Sicherheitskultur im Wandel an der Goethe-Universität Frankfurt, Working Paper 1/2010.  
18) Neue Macht. Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch (2013). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und German Marshall Fund of the United States (GMF).  
19) Frazer Egerton und W. Andy Knight (eds.) (2012): The Routledge Handbook of the Respon-

sibility to Protect. London; New York: Routledge.  
20) Ekkehart Krippendorff (1983): Einseitige Abrüstung. In: Ekkehart Krippendorff und Reimar Stuckenbrock (Hrsg.) (1983): Zur Kritik des Palme Berichts. Atomwaffenfreie Zonen in Europa. Berlin: Verlag- und Versandbuchhandlung Europäische Perspektiven, Schriftenreihe des AK atomwaffenfreies Europa 1), S.211-222, hier S.217.  
21) Franz-Xaver Kaufmann (1973): Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, 2., umgearbeitete Auflage.  
22) Karlheinz Koppe: Exkurs zum Friedensbegriff in der Friedenswissenschaft. In: Dieter Senghaas und Karlheinz Koppe (Hrsg.) (1990): Friedensforschung in Deutschland. Lagebeurteilung und Perspektiven für die neunziger Jahre. Dokumentation eines Kolloquiums Berlin 17.-19. Juli 1990. Bonn: Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn, S.106-110, hier S.110.

# DEN BLICK VERÄNDERN: FRIEDENSLOGIK STATT SICHERHEITSLOGIK\*

von Hanne-Margret Birckenbach

**Sicherheitslogik und Friedenslogik bezeichnen zwei unterschiedliche Weisen, die Probleme und Konflikte dieser Welt zu betrachten und sich ihnen zu stellen. In einem Fall orientiert man sich am Leitbild »Sicherheit«, im anderen Fall am Leitbild »Frieden«.**

## Warum Friedenslogik »statt« Sicherheitslogik?

In der Ankündigung zu diesem Vortrag heißt es: »Viele Menschen haben das Gefühl, in einem zunehmend unsicheren Umfeld zu leben. Rufe nach Zäunen und Abschottung, nach Aufrüstung der Bundeswehr werden lauter.« Woher sollten die Menschen auch auf andere Ideen kommen? Es ist doch ein Merkmal von Politik geworden, eine Vielzahl von Sachthemen als sicherheitspolitische Herausforderungen zu diskutieren, dringlich zu machen und dabei das Gefühl von Unsicherheit und Lebensangst zu bedienen. Es betrifft ein Potpourri aus unterschiedlichen Themen wie Bürgerkrieg, Flucht, Klimawandel, Wirtschaft und Handel, aber auch die mangelhafte Aufrüstung auf der eigenen und das Zuviel an Aufrüstung auf der anderen Seite.

Wenn diese Probleme als sicherheitspolitische Themen verhandelt werden, so hat das Folgen:

**Erstens:** Im Vordergrund steht dann nicht das Leiden, das Menschen einander durch Krieg, Vertreibung und Zerstörung der Lebensgrundlagen zufügen und die Wege, hier Abhilfe zu schaffen. Vielmehr dreht sich alles um die eigene Angst davor, die Verteidigung des eigenen Territoriums, des eigenen politischen Systems, der eigenen Interessen, der eigenen Werte könnte misslingen. Das Prinzip der Gefahrenabwehr bestimmt folglich Fühlen, Denken und Handeln.

**Zweitens:** Angenommen wird, die Bedrohung entstehe außen, in fremden Ländern unter fremden Herrschern, etwa durch Putin oder Assad; durch die Ausbreitung des Islam, durch Demokratie- und Entwicklungsdefizite, die zu Fluchtursachen werden und durch den Klimawandel im Himmel. Wenn man diese Annahme teilt, werden Distanzierung und Abgrenzung vom vermeintlich Bösen handlungsleitend. Die Vorstellungen vom Bösen gewinnen Macht über diejenigen, die sich auf der Seite des Guten wissen.

**Drittens:** Die Mittel der Abwehr sind eskalationsoffen. Militärische Aktionen gelten als »letztes Mittel«. In ihre Vorbereitung fließt allerdings vorab der Löwenanteil der Ressourcen. Denn im sicherheitslogischen Denken überlebt ein eigentümlicher Mythos von der Wirkungsmacht von Gewehren, Bomben und Drohnen.

**Viertens:** In der Folge verändert sich auch die ethische Haltung. Im Interesse der Sicherheit ist die andauernde eigene Vorbereitung auf die Fähigkeit, einen eigentlich geächteten Krieg führen zu können, erforderlich. Und im Interventionskrieg für die gute Sache ist dann sogar Töten erlaubt. Weil es der eigenen Sicherheit dienen soll, wird es zum guten oder zumindest legitimen Handeln.

**Fünftens:** Wenn die Abwehr der Bedrohung nicht erreicht wird, greift sicherheitslogische Politik zur Verstärkung. Sie rüstet weiter auf, materiell und kulturell. Der Rüstungsetat steigt und die Bedrohung wird nun intensiver erlebt. Selbst schlimme Erfahrungen des Scheiterns führen nicht zu Lernprozessen. Der Krieg in Afghanistan dauert nun etwa vierzig Jahre. Deutschland beteiligt sich daran seit 17 Jahren und sieht sich durch den Lauf der Dinge zur Fortsetzung gezwungen. Wo die Schwelle zur Kriegführung überschritten ist, sind Lernprozesse blockiert.

Unabhängig davon, ob man Militärinterventionen für stabilisierend, gerechtfertigt oder gar notwendig erachtet: Frieden erwächst aus ihnen nicht. Vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen mit der Eigendynamik von Militärinterventionen ist unter den friedens-, menschenrechts- und entwicklungspolitischen Fachorganisationen aus Wissenschaft und Praxis die Forderung nach einer Alternative entstanden, die vom »Leitbild Sicherheit« Abstand nimmt und sich am »Leitbild Frieden« orientiert.

Vorgeschlagen wird, die diversen Politikfelder nicht als sicherheitspolitische, sondern als friedenspolitische Herausforderungen zu verstehen. Das heißt, sie in einem anderen, nämlich friedenslogischen Rahmen zu verstehen.

[...] Es ergeben sich daraus neue Anfragen und Anregungen an die Friedens- und Konfliktforschung, die eine Weiterentwicklung ermöglichen. Ich möchte mich daher an dieser Stelle für die große Resonanz und die vielen Nachfragen bedanken. Zugleich möchte ich zusammenfassen, wie sich für mich die Kontroversen in der kirchlichen Diskussion darstellen. Wenn ich es richtig verstanden habe, bestreitet heute niemand in der innerkirchlichen Debatte, dass die christliche Friedensbotschaft zu gewaltfreiem Handeln ermahnt, und dass diese Botschaft sich an alle richtet, und das heißt auch an diejenigen, die den Einsatz von militärischer Gewalt und die Vorbereitung auf ihn nicht ausschließen wollen. Strittig ist allerdings, ob die Tolerierung militärischer Gewalt aus der Sicht christlicher Friedensethik legitim ist [...]

Interessant ist nun, dass auch diejenigen, die militärische Gewalt als letztes Mittel nicht ausschließen, häufig durchaus für den Ausbau dieser zivilen Mittel eintreten – allerdings nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zu den mili-

tärischen Mitteln. Dies entspricht dem so genannten »vernetzten Ansatz« von Sicherheitspolitik, wie sie im Rahmen der deutschen, europäischen und NATO-Politik vertreten wird. Aus dieser Sicht kann und darf man nicht darauf verzichten, militärische Mittel für den Ausnahmefall bereit zu halten. Im Rahmen sicherheitslogischen Denkens ist die Auffassung nachvollziehbar, dass auf militärische Gewalt nicht verzichtet werden darf – und zwar auch dann nicht, wenn man militärische Gewalt weder einsetzen will noch kann, was ja in den meisten internationalen Konflikten der Fall ist. Diese Auffassung kollidiert allerdings mit der Friedensethik der Bergpredigt. Im Rahmen sicherheitslogischen Denkens ist dieser Widerspruch nicht auflösbar.

Aus der Sicht der christlichen Friedensbotschaft ist die klare Absage an militärische Gewalt zugunsten ziviler Konfliktbearbeitung jedoch gar kein Verzicht, sondern vielmehr eine Befreiung und zugleich eine Erfolgsbedingung für den Versuch zur Friedensstiftung. Wenn man diesen Weg ernsthaft und verantwortungsvoll gehen will, dann reicht es nicht, die Mittel der Politik um solche der zivilen Konfliktbearbeitung zu verfeinern und zivile gegen militärische Mittel auszutauschen. Sondern es wird erforderlich, den sicherheitslogischen Blick zu verändern und friedenslogisch umzudenken. Ein solches Umdenken eröffnet dann neue Wege in der politischen Praxis.

## Was heißt »den Blick verändern«?

»Umdenken« findet häufiger statt als wir uns dessen bewusst sind. Sehr lange galten zum Beispiel Schläge in der Erziehung von Kindern als unverzichtbar. Dies konnte sich erst dann ändern, als man ein anderes Verständnis von Erziehung entwickelte, in dem in dem ursprünglichen Zögling ein vollwertiger Mensch in Gestalt eines Kindes erkannt wurde.

Manche erinnern sich vielleicht an die Denksportaufgabe, in der verlangt wird, vier Punkte mit drei geraden Linien zu verbinden. Anfänger brauchen meist vier Linien. Nur wenige finden die Lösung auf Anhieb. Man muss die Koordinaten, den Rahmen, in dem eine Lösung vorstellbar wird, verändern, bevor man die Lösung findet. Statt in der Figur eines Rechteckes zu denken, kommt man mit einem Dreieck schnell voran – unter der Voraussetzung, dass man den Horizont ein wenig ausweitet. Umdenken kann also Freude machen.

Aber nicht immer wird die Veränderung des Blickwinkels als Befreiung erlebt. Sehr häufig ist sie mit Angst verbunden. Die Veränderung kann in Frage stellen, was Menschen bisher Halt gegeben hat. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel ist die Veränderung von Weltbildern. Als die Astronomie beweisen konnte, dass die Erde nicht das Zentrum ist und es gar kein Zentrum im All gibt, lösten diese Erkenntnisse ungeheure Angst aus. Es waren sehr vielfältige Anstrengungen in Kunst, Philosophie, Theologie und Bildung notwendig, damit Menschen diese Erkenntnisse überhaupt aushalten konnten. Auch am Kampf gegen Prügelstrafe oder gar gegen Todesstrafe und Folter lässt sich zeigen, wie die Anforderung »umzudenken« Angst auslösen und wie tief sie in die Alltagspraxis eingreifen kann. Wir kennen das also. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass der Wechsel von einer sicherheitslogischen zu einer friedenslogischen Betrachtungsweise weltpolitischer Probleme nicht auch Angst auslösen kann, die diejenigen, die bereits friedenslogisch arbeiten, kaum noch verstehen.

Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Renke Brahms, hat das Friedensthema als das Kernthema der Kirche bezeichnet, das sowohl die Gemeinden, die Landeskirchen, die EKD und auch die Ökumene verbindet. Zum Glück ist die Kirche mit dem Friedensthema nicht allein. Das Grundgesetz verpflichtet alle Deutschen, dem Frieden in der Welt zu dienen. Alle Mitgliedsstaaten der UNO sind über die Charta der Vereinten Nationen zum Frieden verpflichtet. Die meisten Religionen kennen ebenfalls ein Friedensgebot. Fast überall ist dieser Gruß, Wunsch, Segen »Friede sei mit Dir« geläufig. Was meinen Juden, Christen und Muslime, wenn sie diesen Segenswunsch einander zurufen? Vielleicht wäre es eine gute Übung für den Austausch in den Gemeinden, einander zu fragen: Was meinst Du damit? Was könnte noch gemeint sein? Was macht es mit uns, wenn wir unsere Vorstellungen von Frieden für die von anderen öffnen?

Vermutlich würde sich herausstellen: Wir meinen damit je nach Ort und Zeit und Kontext Unterschiedliches. Für Menschen, die Krieg erlebt haben, ist Frieden die Abwesenheit von Krieg. Für manchen ist bereits die Aussage, Friede sei mehr als kein Krieg, eine Provokation. In der ökumenischen Vision des »Gerechten Friedens« heißt dieses »Mehr« Gerechtigkeit [...]

Die Friedens- und Konfliktforschung stand in ihren Anfängen vor sechzig Jahren vor einer ähnlichen Herausforderung. Um sinnvoll über die Möglichkeiten und Bedingungen von Frieden forschen zu können, musste sie verstehen, was unter den zeitgenössischen Bedingungen mit der Möglichkeit einer Selbstzerstörung der Menschheit mit dem Begriff Frieden gemeint sein kann. Zum einen galt es zu bestimmen: Was heißt heute Frieden – was sind die Koordinaten eines veränderten, friedenslogischen Blicks? Zum anderen ging es darum, theoretisch und empirisch Prinzipien zu erkennen, an denen Politik und Gesellschaft sich orientieren können, wenn Frieden die Folge des Handelns sein soll! Diese Diskussion fasse ich im Folgenden zusammen.

## Was heißt hier Friede?

Drei Koordinaten eines friedenslogischen Blicks. Einen Blick verändern heißt, sich von einigen Vorstellungen zu trennen und andere an ihre Stelle treten zu lassen.

**Frieden bezeichnet Beziehungen zwischen Menschen.** Aufgegeben werden muss die Vorstellung, Frieden sei ein Zustand, den man unabhängig von allen anderen haben und genießen kann. »Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.« Diese Sentenz aus Schillers Wilhelm Tell wird in der Regel als Rechtfertigung für ein Handeln verwendet, das den eigenen moralischen Wertvorstellungen widerspricht. (Leider kann ich nicht anders als Gewalt anzuwenden – es liegt am Anderen). Heute kann man die Sentenz auch anders hören und etwas Neues damit verbinden. Wenn und weil man den Nachbarn für den Frieden braucht, muss man sich darum bemühen, dass der Frieden auch ihm gefällt. Damit beginnt man am ehesten, indem man die Zuschreibungen von »ich bin fromm« und der andere ist es nicht, aufgibt.

*Die erste Grundfrage in konkreten Situationen ist daher immer: Was macht mein Handeln mit den Beziehungen. Verschlechtert*

es die Beziehungen (zwischen den Frommen und Unfrommen) oder bringt es die Beziehungen in »positive Schwingungen«?

### Frieden bezeichnet Beziehungen, die Konflikte aushalten.

Aufgegeben werden muss die Vorstellung, Frieden sei identisch mit Harmonie. Friedliche Beziehungen brauchen Konflikte, Konflikte brauchen friedliche Beziehungen. In Gesellschaften, die sich modernisieren, sind Konflikte die Regel und nicht die Ausnahme. Das gilt für Beziehungen in der Familie, zwischen den Geschlechtern, innerhalb einer Gemeinde, im Geschäftsleben und auch auf internationaler Ebene. Es geht also nicht nur um gute Beziehungen, sondern um Beziehungen, die nicht zerbrechen, wenn Akteure in einen Konflikt geraten.

*Die zweite Grundfrage in konkreten Situationen ist daher immer: Was macht das Handeln mit dem Konflikt? Verstärkt es die Tendenz zur Eskalation oder weist es in Richtung Deeskalation mit der Perspektive auf Klärung und Problemlösung?*

### Frieden hat psychosoziale, gesellschaftliche und politischen Voraussetzungen.

Aufgegeben werden muss die Idee, dass Frieden von einer externen Macht oder einem mächtigen Akteur hergestellt werden kann. Lange Zeit dachte man: Krieg sei von Menschen gemacht, Frieden kann nur von Gott gegeben werden. Heute wissen wir, dass Friedensstiftung nur arbeitsteilig gelingen kann und dass konfliktbeständige Friedensbeziehungen an das Entstehen von Voraussetzungen gebunden sind. Zu diesen gehören die Absage an Gewalt, die Anerkennung von Recht, die Fähigkeit, die Folgen des eigenen Handelns für andere zu bedenken, die Teilhabe aller Parteien an politischer Steuerung, die Wertschätzung sozialer Gerechtigkeit und die Ein- und Ausübung einer Kultur des Konfliktaustrags. Wie die Regulierung dieser Voraussetzungen in einzelnen Gesellschaften und Staaten konkret aussieht, ist unterschiedlich. Eine Blaupause gibt es nicht.

*Die dritte Grundfrage in konkreten Situationen ist daher: Was macht das Handeln mit den gesellschaftspolitischen Voraussetzungen von Frieden? Ist eine Verrohung von Sprache und Handeln damit verbunden? (Das ist der Fall bei jeder Art von Vorbereitung auf Gewalteinsätze.) Gerät der soziale Ausgleich gegenüber nationalen Interessen in den Hintergrund? Wohin fließt der gesellschaftliche Reichtum? Was macht es mit kulturellen Institutionen, mit Bildung, mit Pressefreiheit?*

Zusammengefasst: Wenn man um Friedensstiftung in einer sich modernisierenden Welt bemüht ist, dann geht es um Beziehungen, in denen auch im Konflikt direkte Gewalt keine Option ist. Gerechter Friede bedeutet, dass die Option »Gewalt« auch im Kampf für die gerechteste Sache der Welt entfallen kann, weil die Voraussetzungen für eine konstruktive Konfliktaustragung gepflegt und gehegt wurden. Mein Leben und das aller anderen gewinnt in einem solchen Frieden an Sicherheit. Wenn ich mit meinem Nachbarn in Frieden leben will, muss ich Beziehungen zu ihm aufbauen, die sich im Konflikt bewähren und Voraussetzungen für einen konstruktiven Konfliktaustrag schaffen. Notfalls sehen wir uns vor Gericht, niemals auf dem Schlachtfeld. Ich blicke mit seinen

Augen auf mich, ich höre, was er sagen möchte. Und wir bleiben in Verbindung – auch wo und wenn wir getrennte Wege gehen.

## Die fünf friedenslogischen Prinzipien

In der Friedens- und Konfliktforschung haben sich fünf Prinzipien herauskristallisiert, die beachtet werden müssen, wenn im konkreten Fall Friede im oben verstandenen Sinn die Folge des Handelns sein soll.

### Gewaltprävention: Dieses Prinzip folgt aus der Antwort auf die Frage, was ist das Problem?

Die friedenslogischen Prämissen sagen: Frieden ist nicht nur, aber immer auch die Abwesenheit von Gewalt in den Beziehungen, sei es in Form von Krieg, Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Diskriminierung. Das mögliche Leiden, das aus Gewaltanwendung folgt, steht im Vordergrund. Man muss es frühzeitig wahrnehmen, um Not abwenden zu können. Es gilt das Prinzip der Gewaltprävention – und zwar unbedingt und bedingungslos, und je früher je erfolgreicher. Wer Gewaltprävention will, muss Gewaltpotentiale ernstnehmen, hinschauen, Kontakte verdichten und pflegen, vor Ort präsent sein, in der Lage sein, Informationen zu verstehen, und zwar nicht erst dann, wenn entsetzliche Bilder der Gewalt im Fernsehen gezeigt werden. Für erfolgreiche Friedenspolitik fehlt heute noch die Bereitschaft, die Dringlichkeit zu frühzeitigem Handeln anzuerkennen und den Anknüpfungspunkt für eigenes verantwortliches Handeln zu finden.

Wenn ich sehe, dass ein Vater ein Kind schlagen will, muss ich versuchen, diese Schläge zu verhindern – und zwar unabhängig davon, ob das Kind ungezogen war oder nicht. Wenn ich nicht will, dass Kinder geschlagen werden, muss ich jedoch nicht allein die Gesetze ändern, sondern Raum für Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern schaffen, die es erlauben, sich über Gut und Böse, falsch und richtig auf andere Weise zu verständigen.

Wenn Staaten sich auf einen Kriegspfad begeben, müssen sich alle Anstrengungen darauf richten, eine Eskalation zu verhindern und zwar unabhängig davon, wie die Regime in Nordkorea, in Syrien, im Iran oder in Russland beurteilt werden. Statt eine Steigerung von Rüstungsausgaben in Erwägung zu ziehen, müssen Abrüstungsinitiativen entwickelt und die dafür erforderlichen Verhandlungsräume geschaffen werden.

Weitere Anknüpfungspunkte zur Gewaltprävention zeigen sich, wenn wir nach der Entstehung des Problems fragen.

### Konflikttransformation: Dieses Prinzip folgt aus der Bestimmung der Zusammenhänge, aus denen die Gewalt entsteht.

Die friedenslogische Prämisse sagt: Gewalt entsteht aus ungelösten oder nicht ausreichend regulierten, verhärteten Konfliktkonstellationen, in denen unterschiedliche Interessen aufeinanderprallen. Ich muss also etwas über diese Konflikte wissen. Das Besondere einer friedenslogischen Konfliktanalyse besteht darin, dass sie erkennen lässt, wum es wem geht, und was die jeweiligen Konfliktparteien selbst beitragen können, um einen Prozess einzuleiten, in dem Konfrontation abnimmt. Auf die Verringerung von Konfrontation richtet sich das Prinzip der Konflikttransformation. Unter diesem Begriff

versteht man eine Veränderung der Beziehungen zwischen den Konfliktbeteiligten, damit sie sich für Lösungen und Regelungen zum Interessenausgleich öffnen können.

Der Vater, der sein Kind schlagen will, mag besorgt sein, dass es eine kriminelle Karriere einschlägt, weil die Familie in einer Umgebung mit einem hohen Drogenkonsum wohnt. Vielleicht wurde er selbst von seinem Vater in das Leben geprügel und hat nie etwas Anderes kennengelernt. Vielleicht war er abgehängt von der gesellschaftlichen Entwicklung. Wir haben also nicht nur einen Konflikt zwischen Vater und Kind, sondern auch Konflikte in der Umgebung von beiden und eine Vorgeschichte der Gewalthandlung.

Es ist unwahrscheinlich, einen Akteur positiv beeinflussen zu können, solange dieser als Außenseiter oder gar Dämon betrachtet wird. Im friedenslogischen Denken ergeben Schuldzuweisungen keinen Sinn. Auch in außenpolitischen Konflikten, sei es in und um die Ukraine, Syrien oder den Iran steigen Chancen, verhärtete Konflikte mit der Bearbeitung der Eigenbeteiligung friedensstiftend zu beeinflussen. Wie gering die Eigenbeteiligung auch sein mag – sie bildet den vielleicht wichtigsten Ansatzpunkt für Veränderungen. Im Fall der Ukraine gehören dazu auf westlicher Seite sicherlich die Demütigung Russlands durch den Westen und die Ignoranz gegenüber russischen Interessen in seiner Nachbarschaft. Im Fall von Syrien gehört dazu die frühzeitige Parteinahme gegen Assad. Im Nahen Osten und anderswo gehört dazu das Geschäft mit Waffen, in Afrika zusätzlich die Aufrechterhaltung ungerechter Handelsbeziehungen.

In politischen Zusammenhängen ist eine solche Anerkennung der Mitverantwortung immer ein großer Schritt und von vielen innen- und bündnispolitischen Faktoren abhängig. Friedenspolitisch ausgerichtete zivile Konfliktbearbeitung ist daher niemals nur Außenpolitik, sie verlangt auch innenpolitisch eine glaubwürdige und überzeugende Arbeit. Im sicherheitslogischen Vorgehen reicht es, Angst zu schüren. Der friedenslogische Zusammenhang verlangt, die eigene Gesellschaft zu vielen Veränderungsschritten zu ermutigen und die Fähigkeit auszubilden, auch in komplexen Situationen die Orientierung am Friedensgebot nicht zu verlieren.

### **Dialogverträglichkeit: Dieses Prinzip ergibt sich aus der Frage, mit welchen Mitteln Deeskalation und Problembe- arbeitung gefördert werden können.**

Um zu wissen, ob ein Mittel geeignet ist, muss man prüfen, was sein Einsatz mit den Beziehungen der Konfliktparteien, der Konfliktentwicklung hinsichtlich Eskalation oder Deeskalation und mit den strukturellen Voraussetzungen für Frieden macht. Friedenslogik setzt auf die Mittel der zivilen Konfliktbearbeitung. Nach einigen Jahren Forschung wissen wir heute besser als vor 20 Jahren: Nicht alle zivilen Mittel sind zielführend. Das Prinzip zur Beurteilung der Mittel heißt »Dialogverträglichkeit«. Nur dialogverträgliche Mittel ermöglichen die dauerhafte Mitwirkung vieler Beteiligten am Entstehen produktiver Beziehungen trotz Konflikt. Zwangsmittel sind selten dialogverträglich. Das gilt auch für wirtschaftliche und politische Sanktionen. Sie vergrößern die Distanz zwischen Konfliktparteien, verringern Kreativität und die Bereitschaft zum offenen Austausch mit Wertschätzung, Respekt und Vertrauen als Folge. Die Aktionsformate unterscheiden sich auf den Konfliktebenen.

Ein Vater mag besorgt sein, seine Autorität zu verlieren, wenn er mit dem Kind auf Augenhöhe spricht, statt es ins Leben zu prügeln. Er wird sich überwinden müssen. Dabei braucht er vielleicht sehr viel anerkennenden Zuspruch aus seiner Umgebung, vielleicht auch Vorbilder und professionelle Unterstützung.

Auf internationaler Eben geht es meist um Verhandlungen und Vermittlung, um Begleitung, Beobachtung oder Tatsachenermittlung. Bei allen Unterschieden: Immer geht es um offene Formate, die durch das Nadelöhr Dialog führen. Dialog in Konfliktsituationen ist kein »Gequatsche«, sondern harte Arbeit und zumindest am Beginn alles andere als ein Vergnügen. Dialog verlangt einen langen Atem, Mut und Techniken, um trotz Frustration in Verbindung zu bleiben und um es auszuhalten, dass in der Schwebelage bleibt, wer Recht hat. Nur dann kann Dialogarbeit Kraft entwickeln. Das alles ist auch eine Geduldsprobe. Wenn Friedensstiftung gelingen soll, dann kostet der Einsatz solcher Mittel auch richtig Geld.

### **Legitimierungsarbeit und Interessenentwicklung: Dieses Prinzip folgt aus der Notwendigkeit, die eigene Praxis an universelle Normen anzupassen.**

Es gibt kein Land, keine Gesellschaft, in denen zwischen den universalen ethischen Normen und der eigenen Praxis nicht ein Graben besteht. Im sicherheitslogischen Denken stellt dieser Graben häufig den Grund für die Einschränkung der ethischen Normen entsprechend der eigenen Interessen dar. Das geschieht zum Beispiel, wenn das Asylrecht geändert wird, weil die gesellschaftliche Bereitschaft sinkt, Flüchtlinge aufzunehmen. Die Normen werden dann als idealistisch, realitätsfern und naiv abgewertet.

Kann man mit den universalen Normen, die zum Beispiel in der Bergpredigt formuliert sind, Politik machen? Viele Politiker haben die Frage verneint. In sicherheitslogischer Perspektive können sie nicht anders. Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker konnte sich humane Politik nur mit der Bergpredigt vorstellen. Er argumentierte in einem anderen Rahmen, dem der »Weltinnenpolitik«. Aus friedenslogischer Sicht ist ebenfalls eine positive Antwort möglich. Allerdings sind sehr viele Zwischenschritte nötig, damit eine solche ethische Orientierung auch tatsächlich Frieden zur Folge haben kann.

Diese Zwischenschritte hat Johan Galtung als »Legitimierungsarbeit« bezeichnet, ihr Kern besteht in der Entwicklung von Interessen. Eine Regierung muss die Interessen des Landes vertreten. Wie ist es aber möglich, solche nationalen Eigeninteressen in Übereinstimmung mit universalen ethischen Grundsätzen zu wahren? Es gehört zum Allgemeinwissen, dass diese Grundsätze in vielen Politikfeldern verletzt werden – angefangen von der volkswirtschaftlichen Wachstumspolitik über die nationale und europäische Flüchtlingspolitik bis hin zur Klimapolitik. Das friedenslogische Handlungsprinzip sagt nun: Man muss diese Interessen nicht aufgeben. Man muss sie aber orientiert an den allgemeinen Normen weiterentwickeln und mit den Interessen aller anderen Seiten kompatibel machen.

Sich auf einen solchen Weg der Interessenentwicklung zu begeben, ist keine moralische Überforderung. Auch das kennen wir aus dem Alltag. Wenn ein Mieter gerne Klavier spielt, ist das legitim, vielleicht sogar schön; wenn er das aller-

dings nachts macht, verstößt er damit wahrscheinlich gegen das Schlafbedürfnis aller anderen. Er tut gut daran, von Wohnung zu Wohnung zu gehen und zu erkunden, wann sein Spiel die anderen nicht stört, wann es ihnen vielleicht sogar Freude macht. Vielleicht geben die dann auch etwas Geld für zusätzliche Klavierstunden und bekommen später Freikarten für einen Konzertbesuch.

Als der Ost-West-Konflikt zu Ende ging, waren viele überrascht, wie relativ friedlich das geschehen konnte. Es war gelungen, die Eskalationsdynamik der atomaren Abschreckung zu bremsen, weil sich in der Praxis zwischen Ost und West Haltungen verbreitet hatten, die auf das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit gesetzt hatten, das 1982 von einer Kommission der Vereinen Nationen erarbeitet worden war. Das Konzept verwarf die Idee, nach der ein Zustand der Sicherheit im Atomzeitalter gegeneinander erreicht werden könne. Daher propagierte das Konzept, die Beziehungen zwischen den Parteien so zu entwickeln, dass beide Seiten voreinander sicher sein und einander Sicherheit geben können. Das Sicherheitsinteresse wird ein anderes, wenn es mit Abrüstung, Rüstungskontrolle, kooperativen Verhalten und einer Intensivierung der Beziehungen auf vielen Ebenen – also mit Friedensbeziehungen – verbunden wird. Es hat einige Jahre gedauert, bis das Konzept verstanden wurde, aber es hat funktioniert. Man könnte heute an diese Erfahrungen anknüpfen und es zu einem »Konzept des Gemeinsamen Friedens« weiter entwickeln.

Friedenslogik widerspricht also der Annahme, die beste und effektivste Art und Weise, seine eigenen Interessen zu schützen, sei die, die eigenen Interessen über die Interessen und Bedürfnisse aller anderen zu stellen. Die Kunst besteht darin, die eigenen Sicherheitsinteressen in einen friedenslogischen Rahmen einzubetten und die eigenen Interessen mit denen aller anderen in Einklang zu bringen, sie also globalverträglich zu machen. Das heißt in etwa: Sicherheit durch Abrüstung und Kooperation, Wirtschaftsentwicklung durch Fairness statt durch Raubbau, Entwicklungsarbeit mit Geflüchteten und nicht gegen sie. Selbst die Interessen der Rüstungsindustrie, Gewinne zu erwirtschaften, können einbezogen werden. Die Industrie könnte aufgefordert werden, Vorschläge für eine Konversion ihres Geschäftsmodells vorzulegen. Statt die Welt mit Waffen zu versorgen, wäre vielleicht die Produktion ökologisch vertretbarer Verkehrskonzepte ein allgemein verträgliches Geschäftsmodell.

Worauf es ankommt: Interessen sind vielschichtig und nicht eindeutig fixiert. Sie enthalten immer Spielräume und können auch verändert werden und zwar in einer Weise, dass sie Grundbedürfnisse und legitime Interessen anderer Akteure achten.

### **Fehlerfreundlichkeit: Bei diesem Prinzip geht es um erfahrungsgestütztes Lernen aus Misserfolgen.**

Verhandlungen zwischen Staaten können sehr lange erfolglos bleiben. Man darf sie dann nicht aufgeben, sondern muss unter Beachtung der friedenslogischen Prinzipien herausfinden, woran es liegt, was der eigene Beitrag ist und Korrekturen einleiten. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, um Fehler zu erkennen, einzugestehen und Korrekturen einzuleiten. Es geht u.a. um Berichterstattung, Evaluation, Supervision oder Konsultation. Einer offenen Bilanzierung stehen oft die

Erwartungshaltung der Umwelt und der Erfolgsdruck im Wege. Diese Schwierigkeiten entstehen aus Misstrauen in den friedenslogischen Prozess. Um aus Fehlern lernen zu können, ist eine hohe institutionalisierte Wertschätzung des Tuns unabhängig von nachweisbarem Erfolg und Misserfolg erforderlich. Nicht aus Misstrauen, sondern weil die Arbeit wertgeschätzt wird, gehört zu ihr die kritische Reflexion. Unsere politische Kultur lässt das momentan kaum zu – auch hieran gilt es zu arbeiten.

## **Ein Zwischenfazit zur zivilen Konfliktbearbeitung**

Ich komme noch einmal zurück auf die Kontroverse, ob zivile Konfliktbearbeitung zu einer befreienden Alternative entwickelt werden kann, zu einer Politik, die meint, auf militärische Mittel nicht verzichten zu können. Diese Frage wird im sicherheitslogischen Denken anders beantwortet als im friedenslogischen Denken.

Auch das sicherheitslogische Denken kennt das Postulat »Vorrang für Ziviles«. Es ist gekoppelt an die Idee, Gewalt sei als letztes Mittel zur Durchsetzung eigener oder auch allgemeiner Interessen, Werte und Lebensformen tauglich, legitim und unverzichtbar. »Vorrang für Zivil« heißt dann: Die Reaktion auf Bedrohliches solle solange zivil bleiben, bis der Einsatz militärischer Mittel unausweichlich werde. Das ist im Grundverständnis der deutschen Sicherheitspolitik selbstverständlich. Außer Acht gerät jedoch, wie die Planungen für den möglichen Einsatz als »letztes Mittel« die gesamte Agenda, die Problembestimmung, die Erwartungen an die Konfliktparteien, die Herausbildung globaler Normen und die Auseinandersetzung mit Fehlentscheidungen von vorneherein bestimmt. Denn der Einsatz des sogenannten »letzten Mittels« muss vorbereitet werden, Waffensysteme müssen erforscht und getestet werden, die Soldaten müssen angeworben und ausgebildet werden, Liegenschaften müssen unterhalten werden und das Konzept muss propagandistisch wider alle Erfahrungen gerechtfertigt werden – dies alles, lange bevor es einen Anlass für den Einsatz gibt. Das sät Misstrauen zwischen allen Seiten und festigt immer aufs Neue Vertrauen in Gewalt. Die Vorbereitung verschlingt enorme Ressourcen. Möglichkeiten für Zivile Konfliktbearbeitung werden durch die Vorbereitung auf den Einsatz militärischer Mittel bereits am Anfang von Konfliktentwicklungen beschränkt. Folglich bleibt der Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung eine Investition am Rande, unterausgestattet, zweitrangig, nicht wirklich ernst genommen und ein Begleitprogramm mit sehr begrenzter Wirkung – vielleicht sogar nur ein Feigenblatt. Unter solchen Bedingungen ist das Vertrauen in die Wirkungsmöglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung tatsächlich nicht wirklich gerechtfertigt.

In der friedenslogischen Lesart des Postulats »Vorrang für das Zivile« ist das unbedingte Interesse an »Frieden« bestimmend. Es verlangt, dass die zivilen Fähigkeiten, Konflikte zu bearbeiten, vorrangig so breit und umfassend gestärkt werden, damit gar nicht erst ein Druck entstehen kann, militärisch zu intervenieren. Zivile Konfliktbearbeitung gelingt nur mit einem großen Etat zur Planung, Durchführung und Reflexion und andauernder Kommunikation nach innen und nach außen. Die Entwicklung des Potentials erfordert eine

langfristige, generationenübergreifende Perspektive. Es setzt sich aus vielen einzelnen Projekten zusammen, die miteinander verbunden sind, in ihrer Einzelwirkung eher bescheiden und kaum sichtbar sind. Das Potential zu entfalten heißt auch, sich auf den Pfad der Interessenentwicklung im eigenen Land zu begeben. Ich erinnere an die Ermahnung von Gustav Heinemann »Frieden ist der Ernstfall«. Wenn wir das annehmen und den Ausbau ziviler Konfliktbearbeitung vom Ernstfall Frieden her denken, wenn Frieden der Leitbegriff für zivile Konfliktbearbeitung wird, dann kann die Wertschätzung und Förderung von ziviler Konfliktbearbeitung in der Politik steigen, dann hat zivile Konfliktbearbeitung eine große Zukunft.

Die Plattform zivile Konfliktbearbeitung, das Netzwerk aus friedens-, entwicklungs- und menschenrechtspolitischen Fachorganisationen arbeitet daran. [...]

Friedenslogische Politik ist ein offener Prozess und auf die Mitwirkung vieler Menschen angewiesen. Auf viele Fragen kennen wir die Antworten noch nicht. Dazu gehört auch die Frage: Was kann in der Welt, in Deutschland, in der Gemeinde geschehen, damit sich eine Praxis entwickelt, die den fünf Prinzipien »Gewaltprävention«, »Konflikttransformation«, »Dialogverträglichkeit«, »globalverträgliche Interessenentwicklung« und »fehlerfreundliches Lernen« besser entspricht? Wie kann zivile Konfliktbearbeitung von einer Randerscheinung ins Zentrum gerückt werden und sein Potential besser entfalten? Wie kann altes Denken also durch neues friedenslogisches Denken überschrieben werden?

Ich möchte abschließend noch einmal auf die kopernikanische Wende zurückkommen und dazu aus einer Theaterzene aus dem Stück von Bertolt Brecht über das Leben von Galileo Galilei zitieren. Darin gibt es ein Gespräch zwischen Galilei und einem kleinen Mönch. Er ist als Sohn armer Bauern aufgewachsen und sieht sich in einer Doppelrolle, als Priester und als Astronom. Der kleine Mönch überlegt nun, was das neue kopernikanische Weltbild für seine einfachen Leute »mit den abgearbeiteten Händen« bedeutet. Denn dieses neue Weltbild stellt die Ordnung in Frage, die ihnen hilft, ihr Leben zu ertragen. Es sei ihnen versichert worden, sagt der Mönch, »dass das ganze Weltentheater um sie aufgebaut ist, damit sie sich in ihren großen oder kleinen Rollen bewähren

können.« Und er fragt: »Was würden meine Leute sagen, wenn sie von mir erführen, dass sie sich auf einem kleinen Sternklumpen befinden, der sich unaufhörlich drehend im leeren Raum um ein anderes Gestirn bewegt, einer unter sehr vielen, ein ziemlich unbedeutender! [...] Ich sehe, wie sie sich verraten und betrogen fühlen.«

Ich erwähne diese Szene, um daran zu erinnern, dass ein Umdenken nicht allein eine Frage der Erkenntnis ist, sondern dass es auch in den Gemeinden darauf ankommt, nachzuvollziehen, wo der Sinn für die Leute mit den abgearbeiteten Händen liegen könnte. Worauf könnten sie sich freuen? Wie können sie sich geborgen fühlen? Auf die Entwicklung ihrer eigenen Interessen und die Überwindung ihrer Ängste vor Konflikt und Verlust wird es mehr denn je ankommen, um die Potentiale von ziviler Konfliktbearbeitung zu entwickeln. Ihre Interessen müssen beachtet und eingearbeitet werden. Das geht nicht ohne ihre Mitwirkung, nicht ohne Dialog mit allen. Wir müssen noch besser verstehen, was es Menschen so schwer macht, sich auf friedenslogisches Denken einzulassen. So ende ich mit zwei Fragen an Sie: Was könnte unsere skeptischen nächsten Freundinnen, Freunde, Gemeindemitglieder ermutigen, friedenslogischer zu denken, zu reden und zu handeln? Welche Unterstützung brauchen sie – vielleicht über die Lektüre der biblischen Texte hinaus – um umzudenken und ein Umdenken politisch einzufordern?

**Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach** ist Friedensforscherin und war bis 2012 Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen. Die Autorin ist Mitglied der AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

*\*Gekürzte Version des Vortrags vom 1. März 2018 im Evangelischen Gemeindehaus in Rastede-Wahnbeck in der Vortragsreihe zum Friedensethischen Konsultationsprozess in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg. Vollständiger Text unter: <http://www.konfliktbearbeitung.net/dokumente/blick-veraendern-friedenslogik-statt-sicherheitslogik>*

# DIALOGSEMINARE MIT JUNGEN ERWACHSENEN AUS ISRAEL UND PALÄSTINA

*Projekt Ferien vom Krieg*

»Ferien vom Krieg«, ein Projekt des Komitees für Grundrechte und Demokratie, lädt jeden Sommer junge Erwachsene aus Israel und der palästinensischen Westbank zu zweiwöchigen Dialogseminaren nach Deutschland ein. Dort leben sie nicht nur unter einem Dach, sondern bearbeiten in Dialoggruppen die Konfliktgeschichte und die momentane Situation in Israel und Palästina.

Das Projekt Ferien vom Krieg ermöglicht Dialog zwischen jungen Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten und will damit eine exemplarische Friedenspraxis etablieren. Die Dialoge sind nicht an Vorbedingungen geknüpft, außer an die Bereitschaft, miteinander zu reden. Sie sind bewusst nicht ergebnisorientiert, es werden keine Einigungen und auch keine vorschnellen Versöhnungsgesten erwartet. Denn dies könnte dazu führen, dass wichtige Themen nicht diskutiert, sondern diesem Ziel untergeordnet werden.

Das einzige Ergebnis der Seminare sind der Prozess und die gemeinsame Auseinandersetzung mit bestehenden oder vergangenen Konflikten. Dies bedeutet, die »Anderen« als Menschen mit ihrer Wahrheit und Lebenswirklichkeit kennenzulernen. Dabei wird dies bewusst normalen jungen Menschen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund oder sozialem Status ermöglicht und richtet sich nicht an Mitglieder bestehender Organisationen oder potentielle Entscheidungsträger. Das Projekt Ferien vom Krieg versteht sich als Graswurzelinitiative und möchte die Zivilgesellschaft und deren Eigeninitiativen unterstützen.

Gemeinsam ist uns das Ziel, die Lebensrealität vor Ort zu verbessern und ein friedliches Zusammenleben in Gerechtigkeit zu realisieren. Dies setzt ein Bewusstsein für asymmetrische Machtgefälle und Privilegien, sowie Mechanismen von Diskriminierung und Vorurteilen voraus. Die Teilnehmenden sollen darin gefördert werden, eine deutliche Positionierung zur politischen Realität einzunehmen und auch ihre eigene Gesellschaft kritisch zu hinterfragen.

## Das Konzept des Projekts

**Zur Geschichte des Projekts »Ferien vom Krieg«.** 1994, noch während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien, lud das Komitee für Grundrechte und Demokratie<sup>1</sup> bosnische und kroatische Waisen- und Flüchtlingskinder zu einer 14-tägigen Erholungsfreizeit an der Adria ein. »Das Komitee setzt damit seine friedenspolitisch orientierte humanitäre Linie der Unterstützung der Ärmsten der Armen und der vom Krieg am meisten betroffenen Flüchtlinge und anderer Zivilisten fort.« (Vack 1996, 116). Dies war der Beginn des Projekts Ferien vom Krieg. Seitdem finden diese Begegnungen mit den »Anderen« jeden Sommer statt – im ehemaligen Jugoslawien haben mittler-

weile mehr als 20.000 Kinder und Jugendliche daran teilgenommen.

2002, zeitgleich mit dem Höhepunkt der zweiten Intifada, lud Ferien vom Krieg erstmals junge Erwachsene aus Israel und Palästina zu Dialogseminaren nach Deutschland ein. Seit 2002 finden in jedem Jahr zwei Seminare für Männer und Frauen statt – in sieben Jahren war es uns möglich, zusätzlich ein Frauenseminar anzubieten. Insgesamt haben an diesen Begegnungen bisher ca. 2000 junge Menschen teilgenommen.

**Israelisch-palästinensische Dialogseminare.** Die Seminare werden – nach konzeptioneller Absprache – von ausgebildeten Moderatorinnen und Moderatoren unserer Partnerorganisationen durchgeführt. Die 14-tägigen Seminare finden in der Regel in Deutschland statt und werden von mehreren Vor- und Nachbereitungstreffen in Israel/Palästina eingerahmt.

**Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.** Das Angebot zum Dialog richtet sich an junge Männer und Frauen beider Nationalitäten zwischen 20 und 30 Jahren, die bereit sind, zwei Wochen lang mit den »Anderen« den Alltag zu teilen und in Seminaren gemeinsam die Geschichte und die verschiedenen Aspekte des Konflikts zu bearbeiten. Die Auswahl treffen palästinensische und israelische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unserer beiden langjährigen Partnerorganisationen, die sowohl in Israel als auch Palästina (Westbank) arbeiten. Bei der Auswahl gibt es zwei Vorgaben:

- ▶ 1. Bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern soll es sich möglichst um einen Erstkontakt mit den »Anderen« handeln.
- ▶ 2. Es soll ein möglichst breites soziales und politisches Spektrum der jeweiligen Gesellschaften abgedeckt werden.<sup>2</sup>

**Die »Generation Oslo« – zum Erfahrungshintergrund der Teilnehmenden.** Die Generation der heute 20–30 Jährigen hat oftmals in der Kindheit noch die in dem Oslo-Friedensprozess<sup>3</sup> gegründete Aufbruchsstimmung und Hoffnung auf eine friedliche Perspektive erlebt. Ihre Jugend war dann aber geprägt von politischer Stagnation und gewalttätigen Eskalationen des Konflikts – die Hoffnung auf eine friedliche Lösung ist in weite Ferne gerückt, die Trennung zwischen beiden Gesellschaften ist umfassend.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass junge Menschen aus Israel und Palästina heute zwar mitunter nur wenige hundert Meter voneinander entfernt aufgewachsen sind und leben, trotzdem haben sie die »Anderen« nie im Alltag kennengelernt. In ihrem bisherigen Leben sind sie einander nur in den Rollen gegenüber getreten, die der Konflikt ihnen aufgezwungen hat. Der Alltag der Palästinenser in der Westbank ist stark beeinflusst durch die andauernde israelische

Besatzung, junge Israelinnen und Israelis werden zum Militärdienst verpflichtet. Bei einem Aufeinandertreffen zum Beispiel an einem der zahlreichen Checkpoints muss eine israelische Soldatin in ihrer Funktion eine gleichaltrige palästinensische Studentin kontrollieren; was für diese Demütigungen und Erniedrigungen bedeutet. Allen vertraut sind Ängste und Feindbilder. Jederzeit abrufbar sind Gefühle von Bedrohung und Ausgeliefertsein bei Militärangriffen oder Selbstmordattentaten, viele haben traumatische Erfahrungen machen müssen.

Die Vorstellungen über die Menschen auf der »anderen Seite« werden nicht nur durch neuerliche Eskalationen des Konflikts wie im Sommer 2014 geprägt, sondern auch durch das fast völlige Fehlen von Begegnungen auf ziviler Ebene. Die Unkenntnis über das soziale oder kulturelle Leben der »Anderen« führt zu deren Entmenschlichung.

»Die Aktion ›Ferien vom Krieg‹ lässt sich in kein Solidaritätskorsett einbinden, ist aber in streitbarem Pazifismus solidarisch mit den Opfern von Krieg und Gewalt. Diese erfahren dabei häufig, dass ›die anderen‹ ähnliche Erschütterungen erleben mussten wie sie selbst. Manchmal können sie ihre eigene Lebensgeschichte erst im Spiegel der Biografien der angeblichen Feinde begreifen.« (Dieter 2005, 89).

**Rahmenbedingungen für einen Dialog – Gleichheit als demokratische Grundvoraussetzung.** Die Asymmetrie des politischen Kräfteverhältnisses, die vor Ort die Lebenssituation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer prägt, muss aus unserer Sicht bei den Dialogseminaren konzeptionell Beachtung finden. Für die Durchführung bedeutet dies, dass die Rahmenbedingungen so gestaltet sein müssen, dass die Regeln, die das Kräfteverhältnis daheim bestimmen, bei den Begegnungen außer Kraft gesetzt sind.

»Wenn der zugrunde liegende Konflikt nicht symmetrisch ist, kann es natürlich auch ein solches Seminar zu Beginn nicht sein. Es geht auch hier (vordergründig) um Dominanz und Definitionsmacht. Es geht darum, worüber legitim eigentlich diskutiert werden darf und über was – und sei es – um des ›lieben Friedens willen‹ – lieber nicht gesprochen werden sollte. [...] Dialoge sind – im Gelingensfalle – das Ergebnis solcher Seminare, aber nicht die Eingangsbedingung.« (Pusch 2008, 61).

Damit es zu einem solchen Ergebnis kommen kann, finden die Seminare außerhalb der Nahostregion, in der Regel in Deutschland, statt – darüber hinaus gäbe es dort auch keinen Ort, an dem junge Menschen aus Israel und Palästina zwei Wochen lang gefahrlos zusammen sein und sich austauschen können. Nach den Prinzipien von Symmetrie und Gleichheit arbeiten auch unsere Partnerorganisationen: bei jeder gibt es zwei KoordinatorInnen – eine/n auf israelischer und eine/n auf palästinensischer Seite. Entsprechendes gilt für die Seminare: diese werden jeweils von einem/r Palästinenser/in und einem/r Israel/in gemeinsam moderiert. Damit sich die Teilnehmenden während der Seminare in ihrer Muttersprache ausdrücken können, wird in den meisten Gruppen durch professionelle DolmetscherInnen vom Hebräischen ins Arabische und umgekehrt übersetzt.<sup>4</sup>

Die Rahmenbedingungen für die Seminare so zu gestalten, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beider Seiten auf Augenhöhe begegnen können, ist nicht nur in finan-

zieller Hinsicht sehr aufwendig. Wir sehen darin aber eine Grundvoraussetzung dafür, dass ein Dialog gelingen kann.

**Die Seminare.** Zu Beginn werden die Teilnehmenden in Gruppen<sup>5</sup> mit jeweils gleichem Anteil PalästinenserInnen und Israelis (m/f) aufgeteilt. Innerhalb dieser Gruppen, die über die gesamte Zeit des Seminars bestehen bleiben und von je zwei ModeratorInnen begleitet werden, läuft ein Großteil der Seminararbeit ab.

In den ersten beiden Tagen gibt es Warm-up-Aktivitäten, außerdem sollen die TeilnehmerInnen ihre Motivation, Erwartungen, Befürchtungen und Hoffnungen bei dieser Begegnung hinterfragen und einander mitteilen.

Am dritten Tag teilen die Gruppenmitglieder ihr persönliches Narrativ: jede/r einzelne schildert mit eigenen Worten, was sie/ihn mit dem Land, der Nationalität verbindet, aber auch eigene Erfahrungen mit Vorurteilen, Feindseligkeit und Gewalt. Diese Phase ist für den weiteren Verlauf des Gruppenprozesses elementar: sie öffnet den Blick auf die ›fremde Realität‹, die Weltsicht der ›Anderen‹. Gleichzeitig wirkt vieles beunruhigend, droht es doch, das eigene Narrativ in Frage zu stellen. Gerade nach solchen Diskussionen ist es wichtig, das letzte der täglichen (vier) Einheiten im uni-nationalen Rahmen durchzuführen. Im ›Schutz‹ der eigenen Community sprechen viele über ihre Zweifel und Unsicherheiten und können diese mit ihren ModeratorInnen reflektieren.

Bei der vierzehntägigen Begegnung folgt meist auf drei Seminartage ein Ausflug. Gemeinsam erkunden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Köln und Brüssel und erleben dabei zusammen mit den ›Anderen‹ einen ganz normalen Tag – unter fast ›normalen‹ Umständen.

Die Begegnungen 2014 waren von dem Krieg und der Gewalt in Gaza und Israel überschattet. Auf beiden Seiten gab es Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die in ihrem persönlichen Umfeld Opfer zu beklagen hatten. Um den damit verbundenen Fragen Raum zu geben, entschied sich das Moderatorenteam in der ersten Woche für einen Seminartag ohne Themenvorgabe. Es entfesselte sich eine erhitzte Diskussion über Gewalt in Israel und Gaza, sowie um Schuld, Verantwortung und Gerechtigkeit. Die Frage nach berechtigter Gewalt als einem letzten Mittel stand dabei im Vordergrund. Beide Seiten verteidigten dabei den Einsatz von Gewalt als Mittel, die Bevölkerung, aber auch nationale Interessen zu verteidigen.

Nach dem persönlichen Narrativ werden an weiteren Tagen das familiäre und das kollektive Narrativ vorgestellt. Die Gegenüberstellung der Familiengeschichten offenbart Gemeinsamkeiten – beide Gesellschaften sind geprägt durch Flucht und Vertreibung –, zeigt aber gleichzeitig auch die Widersprüche. So wird die Staatsgründung Israels im Jahr 1948 von den Israelis noch heute gefeiert, von den Palästinensern aber als »Nakba«, ihre Katastrophe bezeichnet.

Um die Präsentation des kollektiven Narratives vorzubereiten, arbeiten die Gruppen zunächst getrennt. Zu entscheiden, welche Ereignisse die Geschichte beeinflusst haben und die Realität ihrer Gesellschaften noch heute prägen, ist immer eine große Herausforderung. 2014 war das Resultat auf beiden Seiten eine historische Darstellung, gespickt mit Daten, Namen und Orten, eine Schilderung scheinbar unumstößlicher, wissenschaftlicher Fakten. »Interessanterweise

enthielt das kollektive Narrativ beider Seiten fast keine ›weichen‹ Wahrheiten bezüglich Empfindungen, Gefühlen oder Bedürfnissen« (eine Moderatorin). Beim uni-nationalen Treffen am Ende des Tages wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ermutigt, sich selbst und ihre eigenen Vorurteile zu hinterfragen und ihre eigenen, emotionalen Reaktionen vor dem Hintergrund des Dialogs zu reflektieren.

Die uni-nationalen Treffen spielen eine signifikante Rolle beim Veränderungsprozess der Teilnehmer. Sie bieten ihnen den Raum, ihren Frust, ihre Zweifel, ihre Hoffnung und ihre Wut in Bezug auf sich selber, die Gruppe oder den Konflikt und seine verheerenden Auswirkungen, zu äußern. Der einzelne ist nicht alleine, denn alle anderen durchlaufen den gleichen Prozess. Auf einer Makro-Ebene bedeutet dies, dass der Prozess jedes einzelnen Einfluss auf die Gruppe hat. Es entsteht ein Mikro-Kosmos, der die Realität widerspiegelt. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, auf persönlicher Ebene und gleichzeitig übergeordnet die Beziehung zwischen dem »Ich« und »Wir« in Bezug auf den Konflikt sowie dessen Wahrnehmung und die Möglichkeiten der Veränderung zu erleben.

Am Ende des Seminars gelang es den TeilnehmerInnen trotz des andauernden Krieges bei fiktiven Friedensverhandlungen ein gemeinsames Abkommen zu erzielen. Einleitend schrieben sie: »Trotz der Kriegsatmosphäre und durch Mord verursachtem Schmerz; trotz des Fehlens von Sicherheit speziell in den vorangegangenen Monaten und generell während der seit Jahren andauernden Besatzung; trotz einer Atmosphäre, die Verachtung hervorruft und sich hinter einer Kultur der Rache verschanzt; trotz der Atmosphäre von Hass und Verzweiflung hat eine Gruppe junger Enthusiasten beschlossen, die Besatzung und die Gewalt zu beenden.«<sup>6</sup>

*Barbara Esser, April 2015*

**Barbara Esser** arbeitete von 2009-2018 als Referentin im Projekt ›Ferien vom Krieg‹.

Quelle: <http://www.ferien-vom-krieg.de>

#### Anmerkungen

1) [www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)

2) Auf palästinensischer Seite kommen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Westbank und aus Israel (sogenannte »48er« mit israelischem Pass). Sie gehören verschiedenen Religionsgemeinschaften an: muslimisch, christlich, drusisch.

Die Israelis haben unterschiedliche Einwanderungshintergründe. Sie kommen aus aschkenasischen Familien (nicht wenige mit Holocaust-Hintergrund) und sephardischen, manche kommen aus dem Jemen oder aus nordafrikanischen Ländern, andere aus der ehemaligen Sowjetunion, wo sie selbst noch ihre Kindheit und frühe Jugend verbracht haben. Auch das politische Spektrum

beider Gesellschaften soll möglichst breit abgebildet werden. Zudem wird seitens unserer Partnerorganisationen darauf geachtet, dass möglichst keine ›Friedensaktivistinnen und -aktivisten‹ an den Dialogseminaren teilnehmen.

3) Im Rahmen des Oslo-Friedensprozesses kam es in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu einer Reihe von Abkommen zwischen Palästinensern und Israel zur Lösung des Nahostkonflikts. 1993 erkannten beide Seiten einander offiziell an – die israelische Seite akzeptierte die PLO als offizielle Vertreterin der Palästinenser, die PLO verpflichtete sich, aus ihrer Charta die Passagen zu streichen, die die Vernichtung Israels als Ziel formulierten. Mit der Erschießung des israelischen Ministerpräsidenten Rabin (1995) und der anschließenden

Wahl des rechtskonservativen Likud stagnierte der Friedensprozess und kam zum Erliegen.

4) Durch die Arbeit mit Übersetzern soll verhindert werden, dass Fremdsprachenkenntnisse, in diesem Fall Englisch, Voraussetzung für die Teilnahme an den Seminaren sind. Diese sollen nicht jungen Menschen mit entsprechender Schulbildung vorbehalten sein. Mehrere Beobachter berichten außerdem, dass die TeilnehmerInnen in ihrer Muttersprache emotionaler agieren.

5) Im vergangenen Jahr lag die Gruppengröße bei 22 Personen. Für die Seminare im Sommer 2015 planen wir eine Gruppengröße von maximal 16 Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmern.

6) Ausführliche Informationen über die Seminare: [www.ferien-vom-krieg.de](http://www.ferien-vom-krieg.de)

# INTERVIEW MIT MIRAH S. AUS DHEISHEH, BETHLEHEM, PALÄSTINA

## *Projekt Ferien vom Krieg*

**Mirah S. ist 22 Jahre alt und im Flüchtlingscamp Dheisheh bei Bethlehem aufgewachsen. ihre Familie kommt ursprünglich aus einem Dorf nahe Jerusalem. Sie hat 2016 an einem Dialog Seminar des Projekts Ferien vom Krieg teilgenommen. Barbara Esser, Projektmitarbeiterin, führte das Interview.**

**Mirah S.:** Das Leben in einem Flüchtlingscamp ist sehr schwer und voller Hindernisse, sowohl sozial als auch politisch gesehen. Mein Vater hatte nicht die Möglichkeit, seine Schulausbildung abzuschließen, er arbeitet als Bauarbeiter. Meine Mutter ist Hausfrau und Mutter. Irgendwie haben sie das Geld aufgetrieben, um mich zur Uni zu schicken. Ich habe einen Bachelor in Biologie und Chemie und will meinen Master in London in Global Health and Epigenetics machen. Das Leben in einem Flüchtlingscamp ist sehr anstrengend. Wenn du jung bist, begreifst du nicht, was sich außerhalb der Blase des Camps befindet. Die Häuser sind sehr eng aneinander gebaut, wir hatten keine Krankenversicherung, wir hatten im Prinzip kein Rechtssystem und auch keine Regierung, weil wir der UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinenser) unterstehen. Als ich anfang neue Leute zu treffen, egal ob Palästinenser oder Ausländer, wurde mir klar, dass es nicht normal ist, in einem Flüchtlingscamp zu leben. Es ist nicht ok, sozial ausgeschlossen und untergeordnet zu sein oder dass jemand auf dich herabschaut, nur weil du Flüchtling bist. Und seit mir das klar geworden ist, habe ich angefangen an mir zu arbeiten und mich weiter zu entwickeln, um den anderen zu beweisen, das Stereotype über Flüchtlinge völlig gegenstandslos und einfach falsch sind.

**B.E.:** War das Seminar für Dich die erste Gelegenheit, Israelis zu treffen?

**M.S.:** Ja. Am Anfang war das sehr seltsam. Ich befand mich in einem inneren Konflikt, ob ich hierher kommen und mit Israelis in einem Raum sitzen sollte, weil ich seit meiner Kindheit gelernt habe, dass sie die Bösen sind. Menschen zu treffen – nicht Politiker – eine junge israelische Frau zu sehen, die auch Anstrengungen überwunden hat, und dies mit einem Gesicht zu verbinden, zu sehen wie ähnlich wir uns sind – ähnlicher als verschieden, hat mich sehr verändert. Ich habe erkannt, dass der Konflikt zwischen Politikern stattfindet. Er ist sinnlos, sobald du die Menschen kennenlernst.

**B.E.:** Gab es etwas, das Dich sehr überrascht hat?

**M.S.:** Ich war überrascht, wie viele pro-palästinensische Israelis es gibt, weil man einfach nie von ihnen hört. Und als sie vom Holocaust und Antisemitismus erzählten, konnte ich mich damit identifizieren. Als Kind habe ich auch immer wieder von meiner Großmutter erzählt bekommen, wie sie aus

ihrem Haus vertrieben wurde. Und wie sie die Nakba durchstehen und dann an einem Ort unter sehr schlechten Bedingungen leben musste, der nicht ihr Zuhause war. Dadurch konnte ich mich mit ihrem Kampf und ihrem Leid identifizieren. Auch den Antisemitismus kann ich als Flüchtling nachempfinden. Sowohl die palästinensische Gesellschaft als auch die Mitarbeiter der internationalen Organisationen haben immer auf uns Flüchtlinge herabgeschaut. Mehr als einmal haben Leute zu mir Sachen gesagt wie, »Oh, Du sprichst total gut Englisch! Bist Du wirklich Flüchtling?« oder »Du bist so schlau! Bist du wirklich Flüchtling?« Die Erzählungen der Israelis haben mir gezeigt, dass ich nicht die einzige Person bin, die von Rassismus oder Diskriminierung betroffen ist.

**B.E.:** Wie wird es wohl sein, wenn Du zurück gehst? (*Mirah lacht*) Hast Du jemandem von dem Seminar erzählt?

**M.S.:** Meinen besten Freunden und meiner Familie. Sie waren sehr überrascht, weil so etwas kulturell gesehen bei uns nicht die Regel ist. Anfangs haben sie mich gewarnt, dies könne Konsequenzen für mich haben, aber ich glaube wirklich an die Macht der Menschen. Ich glaube daran, dass wir Veränderungen bewirken können und dass wir die Kraft besitzen unser Verständnis und unsere Realität zu verändern. Ich habe mir nicht ausgesucht, Palästinenserin zu sein, und sie haben sich nicht ausgesucht, Israelis zu sein. Aber wenn wir uns vereinen und unsere Realität verändern, wird sich auch der ganze Konflikt wenden.

**B.E.:** Du sagtest anfangs, dass Du Dich verändert hast, als Dir bewusst wurde, dass Du Flüchtling bist. Würdest Du Dich als Aktivistin bezeichnen?

**M.S.:** Ich bin in vielerlei Hinsicht Aktivistin, allerdings nicht im politischen Verständnis des Begriffs, d.h. ich gehe nicht zu Demos. Ich fühle mich keiner palästinensischen Partei zugehörig, sondern bin in meiner näheren Umgebung aktiv. Ich habe ein Projekt mit ins Leben gerufen, das sich »Womens Right For Health and Education« (Frauenrecht auf Gesundheit und Bildung) nennt. Als ich ein Praktikum bei einer Klinik in Dheisheh gemacht habe, kamen sehr viele junge Mädchen für einen Schwangerschaftstest. Mich als Feministin hat total schockiert, dass sie überhaupt nichts über den weiblichen Körper und Geschlechtsverkehr wussten, und mir wurde klar, dass hier Frauen missbraucht werden. Das darf nicht passieren, und deshalb habe ich mit diesem Projekt angefangen. Ich besuche verschiedene öffentliche Schulen und gebe Workshops über den weiblichen Körper, den sich verändernden Hormonhaushalt, was passiert, wenn du schwanger wirst, und all diesen Biologiekram. Eine andere Sache, die mich sehr fasziniert, ist ein Projekt, das sich Campus in Camps nennt und die Uni in Flüchtlingscamps bringt. Viele junge Flüchtlinge

[Mirah spricht hier von »Flüchtlingen«, es handelt sich um junge Palästinenser, deren (meist) Großeltern geflohen sind und die im Flüchtlingslager geboren wurden; Anm. d. Red.] haben nicht die finanziellen Möglichkeiten zur Uni zu gehen. Das Projekt wurde von einem Palästinenser und einem Italiener gegründet, und ich gebe regelmäßig Englischunterricht. Außerdem habe ich viel als Freiwillige in Gemeindezentren oder bei Sommercamps gearbeitet. Ich habe mitgeholfen, die erste Bibliothek in Dheisheh aufzubauen, in der wir Bücherspenden von Privatpersonen oder Institutionen sammeln. Außerdem schreibe ich Artikel und habe bisher drei veröffentlicht, einen in London bei UN Changemakers und einen in Mashalaludh im Libanon. Sie handeln von den Anstrengungen einer jungen Palästinenserin in der Gesellschaft.

**B.E.:** Hat es für Dich einen Unterschied gemacht, in einem Seminar nur mit Frauen zu sein?

**M.S.:** Ja, ich habe das wirklich genossen und fand das toll und sehr, sehr bestärkend. Frauen haben überall mit Anstrengungen und Hindernissen zu kämpfen. Sich mit anderen Frauen zu verbinden und zu sehen wie inspirierend sie sind, bereichert dich persönlich und bringt dich weiter. Zwei der Teilnehmerinnen sind z.B. verheiratet und haben Kinder. Sie sind trotzdem hierhergekommen und sagen, »Ich will jetzt etwas

verändern und ich engagiere mich in der Gesellschaft«. Das sagt viel aus über die Stärke von Frauen.

**B.E.:** Vielen Dank! Gibt es etwas, was Du abschließend sagen möchtest?

**M.S.:** Das hört sich jetzt vielleicht kitschig an. Ich hoffe wirklich, dass dieses Projekt weitergeht. Es hat mir viel bedeutet und ich habe gesehen, dass es auch den israelischen Teilnehmerinnen viel bedeutet hat. Zu Anfang war die Atmosphäre sehr eisig, sehr kalt, die Israelinnen waren auf der einen, die Palästinenserinnen auf der anderen Seite. Und jetzt weine ich zusammen mit einer israelischen Freundin und sage zu ihr »Wir durchleben eine Trennung, wir gehen zurück nach Israel oder Palästina«. Und obwohl wir in ein und demselben Land leben, ist es so schwierig sich zu treffen.

**Barbara Esser** arbeitete von 2009-2018 als Referentin im Projekt »Ferien vom Krieg«.

Das Interview wurde im Anschluss an das Seminar geführt.  
Quelle: <http://www.ferien-vom-krieg.de>

# SICHERHEIT ODER FRIEDEN – WAS IST DAS FÜR EINE FRAGE?

## Wie Angst und Misstrauen unser Sicherheitsdenken bestimmen

von Robert F. Antoch

*Vom Frieden träumen bringt nichts ein,  
wer schützt den jungen Staat?*

*Die Taube muss gepanzert sein,  
darum bin ich Soldat.*

Gedicht zur Gründung der Nat. Volkarmee (DDR)

Unser menschliches Zusammenleben ist dadurch gekennzeichnet, dass wir uns alle sehr unterscheiden, z.B. als groß oder klein oder als Mann oder Frau. Es sind die Unterschiede, die uns dazu zwingen, uns mit den damit verbundenen unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen und den daraus entstehenden Konflikten auseinanderzusetzen.

In dieser Auseinandersetzung können wir zum einen versuchen, uns miteinander über mögliche gemeinsame Lösungen zu verständigen. Wir können diese Konflikte aber auch in Konkurrenz gegeneinander austragen und es konfrontativ darauf ankommen lassen, dass der Stärkere gewinnt. Ein solcher Sieg hält nur solange, wie der Schwächere auch wirklich der Schwächere bleibt.

Der Austragungsmodus »Konfrontation« setzt auf den Willen zur Macht und schließt im Gegensatz zum Modus der »Verständigung« Gewaltanwendung nicht aus. Der Weg der Verständigung zielt unter Ausschluss von Gewalt auf eine Kooperation unter Gleichwertigen. Es bleibt eine der Schicksalsfragen im Lauf der menschlichen Evolution: Sichern wir uns gegen andere, oder schließen wir Frieden mit anderen?

### »Sicherheitslogik«

Wenn Menschen (oft sind es die mit einem Minderwertigkeitsgefühl) sich als die Stärkeren fühlen und genau zu wissen meinen, was richtig und falsch und was »gut« und »böse« ist, dann neigen sie in der Austragung von Konflikten nicht selten dazu, den Modus der Konfrontation zu wählen. Sie versuchen, an der Macht zu bleiben und mit Macht dafür zu sorgen, dass alles sich so entwickelt, wie sie es sich vorstellen. Alles, was sich nicht so entwickelt, weckt dann ihr Misstrauen, macht ihnen Angst und muss deshalb bekämpft werden. Dies ist kurz und bündig der Ausgangspunkt der »Sicherheitslogik«, ein Begriff, der vor einigen Jahren in den politischen Diskurs eingeführt wurde.

Wie Sabine Jaberg in ihrer Darstellung der Sicherheitslogik<sup>1</sup> zeigt, folgt diese Logik dem Menschenbild von Thomas Hobbes. In dieser Vorstellung ist »der Mensch dem Menschen ein Wolf«, und deshalb herrscht zwischen ihnen ein Krieg aller gegen alle. »Der Mensch ist ... durch drei Triebfedern gekennzeichnet: Verlangen, Furcht und Vernunft; keine dieser drei Komponenten bringt ihn dazu, die Gesellschaft anderer wegen etwas anderem zu erstreben, wenn diese nicht zu sei-

nem eigenen Vorteil gereicht. Damit vertritt Hobbes einen psychologischen Egoismus, der naturgegeben ist und willentlich nicht überwunden werden kann<sup>2</sup>«.

Dass ein Individuum, das sich von »Wölfen« umlagert und von Feinden existenziell bedroht sieht, Angst entwickelt, ist leicht nachzuvollziehen. Es ist aber auch die grundsätzliche Einstellung, die den Einzelnen mit seiner Angst allein lässt (»psychologischer Egoismus«) und seinem Misstrauen Tür und Tor geöffnet hält. Wer sich dagegen schützen will, kann sich nur mit all denen, die genauso denken oder fühlen, also mit »seiner« Gemeinschaft, mit »seinem« Staat, »seiner« Nation gegen die anderen, die als Nichtdazugehörige dann automatisch als seine Feinde erscheinen, zusammenschließen. Das große Ego bildet eine Notgemeinschaft, pflegt sich selbst und den Seinen gegenüber aber lieber das Bewusstsein, die strahlende Heldengemeinschaft zu sein, um die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen damit bannen zu können. Paradoxiere Weise führen (wie im vorangestellten Motto demonstriert) aber eben diese Vorbeugungsmaßnahmen geradewegs zum Gegenteil dessen, was sie erreichen sollen.

### »Friedenslogik«

So wie die »Sicherheitslogik« einem Menschenbild bzw. einer Mentalität folgt, aus der heraus Menschen in der beschriebenen Art und Weise Konflikte verhindern und, wenn das nicht gelingt, wenigstens die Austragung von Konflikten allein beherrschen wollen, so stehen ihnen in der »Friedenslogik«<sup>3</sup> Menschen gegenüber, für die Konflikte alltäglich sind und nicht unbedingt ein Übel (ja, vielleicht sogar eine Chance) darstellen. Menschen, die die Andersartigkeit eines jeden Gegenübers erkennen, wahrnehmen, annehmen und anerkennen, gehen von vornherein davon aus, nicht mit allen anderen in ihren Interessen und Bedürfnissen übereinzustimmen. Damit nähren sie aber nicht ihre Angst, ihren Hass und ihre Feindseligkeit. Wenn sie dann auch nicht ihre Macht ausspielen, um das Recht des Stärkeren durchzusetzen und auf den Einsatz von Gewalt verzichten, folgen sie der Logik ihrer Vorstellungen von Menschen und fühlen sich dem Frieden als Chance verpflichtet. So öffnet die »Friedenslogik« Menschen den Weg, sich mit den Bedürfnissen, Meinungen und Interessen der anderen Menschen auseinanderzusetzen und sich mit ihnen zu verständigen.

### Sicherheit oder Frieden?

Natürlich geht es, wenn von Frieden die Rede ist, auch um eine Art Sicherheit, aber eben nicht um die pure Sicherung der Interessen nur einer Seite wie in der »Sicherheitslogik«, sondern um die Sicherheit und den Schutz des Zusammen-

bens beider Parteien; also um eine Sicherheit, die den Namen Frieden<sup>4</sup> verdient, weil ihr Sinn darin liegt, dass die beiden Konfliktparteien sich gegenseitig nicht mehr verdächtigen, in Schach halten und mit Gewalt und Krieg bedrohen müssten. Dabei werden vor allem folgende fatale Vorstellungen vermieden:

- ▶ Die Schuld an dem Konflikt liegt auf der Gegenseite – die anderen sind die Angreifer (im heutigen Sprachgebrauch heißen diese bösen Feinde immer »Terroristen«; im 20. Jahrhundert hießen sie zumeist »Kommunisten«, im 19. Jahrhundert »Demokraten«), denn »wir«, das sind die Verteidiger von Recht und Ordnung.
- ▶ Das Bild des Gegners als Feind muss erhalten bleiben und gepflegt werden, denn Feindbilder schließen die Reihen im eigenen Lager und lenken von Missständen im Eigenen ab.
- ▶ Es gibt nur eine richtige und gerechte Lösung des Konflikts, nämlich die unsrige und deshalb
- ▶ sind bei der Herbeiführung der gerechten Lösung alle Mittel (auch Gewalt – denn unsere Gewalt ist dann ja auch nur »Gegengewalt«) – erlaubt. Und schließlich
- ▶ Verhandlungen mit der Gegenseite sind aus allen diesen Gründen ausgeschlossen.

So ist die Schicksalsfrage »Sicherheit oder Frieden« eine, die sich dadurch entscheidet, wie die Menschen, die von dieser Frage ergriffen werden, einander sehen – in welcher Beziehung sie sich zu dem anderen Menschen, zu der anderen Gruppe, die ihr begegnet, erleben.

In der nebenstehenden Tabelle habe ich versucht, einige wesentliche Bedingungen aufzulisten, die für diese Entscheidung von größtem Belang sind:

Der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Menschenbildern und den mit ihnen verbundenen »Logiken« läuft darauf hinaus, dass in der »Sicherheitslogik« mit fertigen Bildern vom Menschen, von »gut« und »böse« und von gerechten Lösungen der konflikthafter Interessengegensätze ausgegangen wird, während im Rahmen der »Friedenslogik« solche Lösungen erst gesucht, gefunden und vereinbart werden müssen. Dazu eignen sich Verhandlungen, die freilich nur dann sinnvoll ablaufen können, wenn die Parteien sich nicht als Feinde begegnen, die in Angst und Misstrauen voreinander erstarrt sind, sondern sich wirklich darum bemühen, miteinander ins Gespräch zu kommen und sich zu verständigen.

## Gütekraft

Um auf diese Weise aus der »Sicherheitslogik« auszusteigen, wäre es also nötig, einen Weg zu finden, sich aus dem Panzer des Misstrauens und der Angst zu lösen. Ein solches Konzept hat in der Diskussion um die Möglichkeiten und Grenzen des gewaltfreien Umgangs mit Konflikten vor einigen Jahren Martin Arnold entwickelt. Es ging ihm dabei nicht nur um Wege und Methoden der gewaltfreien Austragung selbst, sondern um die Menschenbilder, mit denen die Konfliktparteien sich begegnen. Durch die Untersuchung der Haltungen verschiedener Protagonist\*innen des Friedens<sup>5</sup> gelangte er zu der Erkenntnis, dass es wichtig ist, im Prozess der Konfliktbearbeitung aus dem Bewusstsein der eigenen Kraft zum Guten zu allererst die eigenen Ängste und das eigene Misstrauen zu überwinden. Dies könne dazu beitragen, auch dem Gegner

seine Angst zu nehmen und dadurch das eigene sowie das gegenüber bestehende Feindbild zu relativieren oder gar zu besänftigen. Dabei sieht Arnold auf beiden Seiten eine Kraft am Werk, die er »Gütekraft« nennt, eine Kraft, die gewaltsame Auseinandersetzungen dadurch verhindert, dass sie den Beteiligten dabei hilft, sich zu entängstigen, zu entfenden und den Mut für ein friedliches Miteinander zu gewinnen.

## Frieden als das große Wagnis

Von Dietrich Bonhoeffer ist (schon aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg<sup>7</sup>) folgende Feststellung überliefert:

»Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muss gewagt werden, ist das eine große Wagnis, und lässt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherheit. Sicherheiten fordern heißt Misstrauen haben, und dieses Misstrauen gebiert wieder Krieg«.

Wenn wir bei unseren Bemühungen um Sicherheit und Frieden also statt des Weges der Konfrontation, der die waffengestützte Gewalt nicht ausschließt, den Weg der Verständigung und das Ziel eines von beiden Seiten her angestrebten Friedensschlusses wählen, können wir den Weg der Menschheitsentwicklung wohl ein Stück weit mitbestimmen. Statt einer Sicherheit nur des Stärkeren wäre so ein Frieden für alle zu gestalten. Doch der Versuch, die Gewalt als Mittel der Konfliktbearbeitung auszuschließen, bedarf immer der beidseitigen Anerkennung aller Unterschiedlichkeit sowie der Verständigung darüber. Insofern bleibt der Weg der Friedenslogik ein Wagnis.

Nur die Absage an die Angst, an das Misstrauen und an die Gewalt öffnet den Weg zu der mutigen Entschlossenheit, das Friedens-Wagnis einzugehen, zu dem es für den, der Frieden will, keine Alternative gibt. Das Vertrauen auf eine solche Kraft in allen Menschen, also sowohl in uns wie auch in unseren Gegnern, nährt die Hoffnung, das Wagnis einzugehen, das Frieden heißt und niemals gesichert, sondern immer nur gelebt werden kann.

Insofern führt uns der Leitspruch »Entschieden für den Frieden« nirgendwo anders hin als dazu, unseren ganzen Mut zusammenzunehmen und auf die Illusion einer Sicherheits-Garantie zu verzichten. Sind wir nicht gut beraten, uns auf ein Leben in einer friedlichen Zukunft zu verständigen, statt unseren Status quo mit Todesdrohungen zu sichern?

**Dr. phil. Robert Antoch** ist Diplompsychologe, Psychologischer Therapeut und Psychoanalytiker.

Beitrag unter dem Titel »Ist der Mensch dem Menschen ein Wolf?« abgedruckt in:  
<https://www.forumzfd.de/de/publikation/magazin-0218>  
 Bearbeitung durch Autor

## ▼ Sicherheitslogik

## ▼ Friedenslogik

<b>Wert des Menschen</b>	Es gibt zwischen Menschen ein <b>Oben</b> (= gut) und ein <b>Unten</b> (= böse), das von der Seite des Bösen angegriffen und infrage gestellt wird.	Menschen gelten trotz aller Unterschiede und Gegensätzlichkeiten als <b>gleichwertig</b> – unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Hautfarbe oder ihrem sozialen Status.
<b>Vorstellung vom Menschen</b>	Wer nicht zu uns gehört, erweist sich dadurch als <b>Feind</b> , der – weil ich nur auf der richtigen Seite stehen kann – auf der falschen Seite steht.	Der mit anderer Herkunft oder anderen Interessen kann sich als <b>Gegner</b> erweisen, der mir mit einem eigenen Willen gegenübersteht: Das macht unsicher, aber auch neugierig.
<b>Umgang mit Angst</b>	Diese Verunsicherung macht Angst, eine <b>Angst</b> , die zunächst einmal abgewehrt werden muss, weil sie sonst unmittelbar in Gewalt umschlägt.	Mit der beschriebenen Unsicherheit und <b>Angst</b> können sich beide Seiten ohne Androhung von Gewalt auseinanderzusetzen, so dass die Angst nicht verdrängt werden muss.
<b>Umgang mit Konflikten</b>	<b>Konflikte</b> stellen als Störungen der Sicherheit <b>Bedrohungen</b> dar: Als die obersten Werte sind Sicherheit und Handlungsfreiheit möglichst <b>ohne Zugeständnisse</b> an den ›Feind‹ wiederherzustellen.	In <b>Konflikten</b> können beide Seiten die Interessen der anderen auf sich wirken lassen: <b>Zugeständnisse</b> werden für <b>möglich</b> gehalten und können erst dadurch auch gesucht und gefunden werden.
<b>Verständnis von Sicherheit</b>	Ein vorab definierter <b>Zustand</b> (genannt » <b>Sicherheit</b> «) wird als die notwendige Voraussetzung für einen Zustand (genannt <b>Frieden</b> ) angesehen.	Bereitschaft zum <b>Frieden</b> (gemeint ist ein Prozess, eine Verständigung <sup>7)</sup> ) wird als notwendige Voraussetzung für <b>Sicherheit</b> angesehen.
<b>Umgang mit Macht</b>	Die angestrebten Konfliktlösungen basieren auf der <b>Macht des Stärkeren</b> , der seine Sicht des Guten und zugleich einzig Richtigen durchsetzt. Damit wird der Ausgangspunkt dieses Menschenbildes bestätigt.	Die angestrebten Konfliktlösungen basieren auf <b>Machtausgleich</b> und auf dem <b>Vertrauen</b> in die wechselseitige <b>Verständigungsbereitschaft</b> . Das Ziel (das gemeinsame Gute) besteht in einer Lösung, die die Gleichwertigkeit wiederherstellt und bestätigt.

Tabelle: Robert Antoch

## Anmerkungen

1) Sabine Jaberger: »Sicherheitslogik. Eine historisch-genetische Analyse und mögliche Konsequenzen«. In Wissenschaft & Frieden 2014-2

2) Stichwort »Leviathan« [https://de.wikipedia.org/wiki/Leviathan\\_\(Thomas\\_Hobbes\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Leviathan_(Thomas_Hobbes))

3) Hanne-Margret Birckenbach: »Friedenslogik und friedenslogische Politik«. In Wissenschaft & Frieden 2014-2

4) z.B. nach der Definition des Vereins Aachener Friedenspreis e.V.: »Frieden ist eine Grundhaltung, die Interessengegensätze auf den verschiedensten Ebenen so austrägt, dass damit dem Ausbruch von gewaltsamen Feindseligkeiten jeg-

licher Boden entzogen wird«. D.h. »Frieden« als einen kommunikativen Vorgang (etwa: miteinander verhandeln; Konflikte mit Vertrauensvorschluss bearbeiten; sich verständigen) zu begreifen; dann stehen sich »Frieden« und »Sicherheit« nicht im Wege, sondern sind wechselseitig aufeinander bezogen.

Wenn man aber »Frieden« und »Sicherheit« als Zustände ansieht, die man ganz für sich allein – und dann womöglich ein für allemal – herbeiführen kann, gerät man in die Mühle der paradoxen »Logiken«.

5) Martin Arnold: Gütekraft. Ein Wirkungsmodell aktiver Gewaltfreiheit nach Hildegard Goss-Mayr,

Mohandas K. Gandhi und Bart de Ligt. Baden-Baden: Nomos 2011.

6) Dietrich Bonhoeffer: Rede auf der Fanö-Konferenz, gehalten am 28.8.1934 (DBW 13, Seite 298-301).

7) »Der Krieg hat von je einen Widerpart, der fast nie als solcher hervortritt, aber in der Stille sein Werk tut: die Sprache – die erfüllte Sprache, die Sprache des echten Gesprächs, in der Menschen einander verstehen und sich miteinander verständigen« (Martin Buber: »Das echte Gespräch und die Möglichkeiten des Friedens« 1953). Ansprache anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels.

Weitere Beiträge zur Friedenslogik  
auf der Website der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung  
<http://www.konfliktbearbeitung.net/friedenslogik>

**Impressum:**

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Projekt Friedenslogik

Landgrafenstraße 15

10787 Berlin

E-Mail: [friedenslogik@konfliktbearbeitung.net](mailto:friedenslogik@konfliktbearbeitung.net)

Homepage: [www.konfliktbearbeitung.net](http://www.konfliktbearbeitung.net)



*Wir danken der Stiftung Dialoge & Begegnungen  
für die finanzielle Unterstützung des Readers*